



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

08. Stadtratsprotokoll / 08^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 26. Juni 2024, 18.00 Uhr

Séance du mercredi 26 juin 2024 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Bord Pascal, Briechle Dennis, Cacciabue Anna Louise, Celik Pir Chè, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Egli Roland, Francescutto Luca, Gerber Andreas, Gloor Yannick, Heiniger Peter, Kilezi Ruth, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Müller Lukas, Oberle Fabio, Rindlisbacher Hugo, Rodriguez Ugolini Julian, Roquet Hervé, Rüber Stefan, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stolz Joseline, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, van der Meer Marion, Varrin Océane, Weber Philippe, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Marc, Boly Kady, Bucher Juliet, Eggimann Roman, Hamdaoui Mohamed, Magnin Nadia, Maurer Stefan, Paronitti Maurice, Roth Myriam, Stocker Julien, Wächter Olivier

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Pittet Natasha

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

--

Vorsitz / Présidence:

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

El Mohib Omar, Ratssekretär

1.	Genehmigung der Traktandenliste	3
2.	Mitteilungen Stadtratsbüro	3
3.	Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat	3
4.	Protokollgenehmigungen / (28. April 2022, 19. Mai 2022, 9. Juni 2022 / Nr. 4, 5, 6 und 17./18. April 2024 / Nr. 4, 5)	4
7.	20230309 Spezialfinanzierung Soziale Projekte: Jugend, Sport, Familie, Gleichstellung und Integration (SGR 8.6-5) / Anpassung des Reglements	4
5.	20240051 Bewilligung von Nachkrediten zulasten der Jahresrechnung 2023	9
6.	20240051 Jahresrechnung 2023 (Bericht / Zahlenteil)	13
	• Allgemeine Debatte	13
	• Präsidialdirektion	24
	• Finanzdirektion	24
	• Direktion Soziales und Sicherheit	24
	• Direktion Bildung, Kultur und Sport	24
	• Direktion Bau, Energie und Umwelt	25
	• Sonderrechnungen	25
8.	20240151 Leistungsvertrag mit dem Verein Volkshochschule 2024 bis 2026 / Verpflichtungskredit	26
9.	20240142 Ersatzbeschaffung von fünf Kehrrichtfahrzeugen / Verpflichtungs- kredit	29
10.	20240177 Schlussbericht AGGLOlac	33
11.	20240004 Geschäftsbericht 2023 der Stadtverwaltung Biel	35
	• Allgemeine Debatte	35
	• Präsidialdirektion	37
	• Finanzdirektion	38
	• Direktion Soziales und Sicherheit	38
	• Direktion Bildung, Kultur und Sport	40
	• Direktion Bau, Energie und Umwelt	41

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Sitzung ist eröffnet. Es folgen generelle Bemerkungen: Frau Tonon und Frau Torriani feiern heute ihren Geburtstag. Herzliche Gratulation.

Wie am 14. Juni per E-Mail an die Fraktionen angekündigt, gelten verkürzte Redezeiten: Fünf Minuten für Fraktionssprechende, drei Minuten für Einzelsprechende. Ich bitte Sie, die Zeitvorgaben einzuhalten.

Auf Ihren Tischen finden Sie:

- Jahresbericht 2023 du Conseil des affaires francophones de l'arrondissement Biel/Bienne (CAF)
- Zeitung «Vision 2035»

1. Genehmigung der Traktandenliste

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Wie am 14. Juni per E-Mail an die Fraktionen angekündigt, schlage ich als zusätzliches Traktandum – nach Traktandum 16 – die Ersatzwahl eines GPK-Mitglieds vor.

Die GPK beantragt die Verschiebung des Traktandums 7 «Spezialfinanzierung Soziale Projekte: Jugend, Sport, Familie, Gleichstellung und Integration (SGR 8.6-5) / Anpassung des Reglements» vor Traktandum 5 «Bewilligung von Nachkrediten zulasten der Jahresrechnung 2023». Die Spezialfinanzierung erscheint auch im Bericht über die Nachkredite; somit könnte das bewilligte Geld im hypothetischen Fall, dass die Reglementsänderung nicht angenommen wird, nicht für schulische Zwecke verwendet werden. Es würde gewissermassen in der Spezialfinanzierung feststecken.

Da ich keine Einwände gegen die Vorschläge feststellen kann, wird die Traktandenliste mit diesen Änderungen genehmigt.

2. Mitteilungen Stadtratsbüro

Keine Mitteilungen.

3. Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat

Keine Mitteilungen.

4. Protokollgenehmigungen / (28. April 2022, 19. Mai 2022, 9. Juni 2022 / Nr. 4, 5, 6 und 17./18. April 2024 / Nr. 4, 5)

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Betreffend Protokoll zur Stadtratssitzung vom 18. April 2024 ist ein Änderungsantrag von Herrn Schiess eingegangen. Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung bei Traktandum 14 auf Seite 35: « *...le Conseil municipal était un rouleau compresseur dans sa manière d'agir* » anstelle von « *...sa réglementation...* » und im gleichen Abschnitt « *Je pourrais bien imaginer Monsieur Fehr conduire ce car postal* » und nicht « *cette carte postale.* »

Mit dieser Änderung gelten die Protokolle der Sitzungen vom 28. April, 19. Mai und 9. Juni 2022 sowie vom 17./18. April 2024 als genehmigt. Ich danke den Verfasserinnen.

7. 20230309 Spezialfinanzierung Soziale Projekte: Jugend, Sport, Familie, Gleichstellung und Integration (SGR 8.6-5) / Anpassung des Reglements

Scheuss Urs, GPK: Die GPK unterstützt die vom Gemeinderat beantragte Änderung des Reglements. Der Personalmangel im Bildungswesen ist ein nationales Problem und macht sich auch in den Bieler Schulen bemerkbar. Die Situation ist alarmierend und stellt eine grosse Belastung für die Schulleitungen dar, sei es bei der Rekrutierung für befristete Stellen, insbesondere für KlassenlehrerInnen, oder bei der Suche nach StellvertreterInnen. Obwohl die Hauptverantwortung in der Kompetenz des Kantons liegt, greift der Gemeinderat die Problematik auf, um die Schulen auf Bieler Ebene mit entlastenden Massnahmen zu unterstützen. Wir können das Problem nicht lösen, sondern federn lediglich die Folgen ab. Der Gemeinderat sieht beispielsweise eine zentrale Stellvertretung vor, um die Schulleitungen bei der Suche nach Stellvertretungen zu unterstützen. Weiter sollen die Schulleitungen bei der Rekrutierung neuer Lehrpersonen unterstützt werden, etwas bei der Erstellung von Stellenausschreibungen, das Aufwerten von pädagogischen Projekten in der Kommunikation oder der Ausbildung bei den Praktika in der Logopädie. Der Nachkredit für diese Massnahmen im nachfolgenden Geschäft beträgt für zwei Jahre insgesamt CHF 540'000.

Der Betrag stammt aus den Einsparungen im letzten Jahr, da wegen Lehrkräftemangel Klassen geschlossen oder nicht eröffnet wurden und weniger resp. nicht qualifiziertes Personal zu tieferen Löhnen angestellt wurde. Zudem konnten Stellen in der Logopädie und Psychomotorik nicht besetzt werden. Die Einsparungen resp. der Budgetrest des letzten Jahres betragen rund CHF 1.1 Mio. und davon soll die Hälfte für dringende Entlastungsmassnahmen investiert werden. Formell erfolgt diese durch eine Einlage in die Spezialfinanzierung Soziale Projekte. Das geltende Reglement sieht nicht vor, dass die Einlage für die geplanten Massnahmen verwendet werden kann, weshalb die Anpassung des Reglements nötig ist. In der GPK wurde unter anderem thematisiert, ob es die richtige Spezialfinanzierung sei, da es sich bei den Massnahmen nicht um soziale Projekte im eigentlichen Sinn handelt. Die Anpassung des Reglements hat ja nun zum Ziel, den Zweck zu erweitern und dafür wird die zusätzliche Einlage getätigt. Mittel- bis langfristig stellt sich die Frage, ob Projekte in den anderen Bereichen, d. h. Jugend, Sport, Familie, Gleichstellung und Integration, geschwächt werden durch die schulischen Projekte.

Gemäss Verordnung der Spezialfinanzierung werden diese jedoch in zwei Zuständigkeitsbereichen, der Direktion. Bildung, Kultur und Sport sowie der Direktion Soziales und Sicherheit, und auf zwei verschiedenen Bilanzkonten geführt. Gemäss Auskunft der Direktion BKS werden seit 2015 keine Projekte über die Spezialfinanzierung finanziert und somit können keine anderen Projekte verdrängt werden. Nach Ablauf der zwei Jahre werden gemäss Gemeinderat die Massnahmen entweder ins ordentliche Budget aufgenommen oder es wird darauf verzichtet. Daher werden die Massnahmen auch auf ihre Wirksamkeit evaluiert. Die Spezialfinanzierung erlaubt es, im Rahmen von Projekten Strukturen aufzubauen, also beispielsweise die zentrale Stellvertretung oder die Massnahmen früher umzusetzen und nicht das nächste Budget abwarten zu müssen. Die Spezialfinanzierung ist jedoch kein Werkzeug für eine dauernde Finanzierung von Massnahmen. Und es wird kein Geld vom Budget 2023 zweckentfremdet, wie diskutiert wurde, sondern es stellt sich die Frage, ob wir Einsparungen aus dem vergangenen Jahr für dringende Entlastungsmassnahmen in der Schule einsetzen wollen. Die Mehrheit der GPK ist der Ansicht, dass dies richtig ist und empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: L'école a mal à son image. Être enseignant n'attire plus assez les jeunes. Le recrutement de nouveaux enseignants et enseignantes relève d'un parcours semé d'embûches pour les directions. La pénurie d'enseignants fait de gros dégâts, que je ne vais pas nommer ici. Si on ne trouve pas d'enseignants formés à engager pour des postes, la tâche de trouver des enseignants expérimentés pour les remplacements est encore plus problématique. Cette situation génère une très forte charge mentale aux directions qui doivent trouver des solutions dans l'urgence pour repourvoir les postes et trouver des remplaçants. Cette charge est par conséquent répercutée sur le personnel enseignant qui collabore avec des enseignants pas suffisamment formés et doivent pallier les manques. Immanquablement, la qualité de l'enseignement dispensée dans les classes s'en fait donc aussi ressentir. Le gros défi est de trouver le soutien nécessaire pour les directions d'école.

On ne trouve pas de nouveaux enseignants, pourtant les élèves sont là. Il n'est pas possible de laisser des élèves sur la touche. Ils sont donc répartis dans des classes déjà bien chargées, ce qui n'est pas une solution optimale, on en est tous conscients. La solution envisagée qui nous est proposée par le Conseil municipal est une bonne solution. En effet, la création d'une centrale de remplacement devrait permettre de regrouper toutes les listes de remplaçants que chaque direction se constitue pour pallier les urgences. Cette centrale devrait soutenir aussi les directions pour le recrutement de nouveaux enseignants. Cette proposition est intéressante et surtout bienvenue. Malheureusement, elle ne va pas résoudre tous les problèmes, mais nous espérons qu'elle allégera quelque peu la charge des directions d'école. Le Groupe PSR vous invite vivement à accepter cette modification du règlement du financement spécial pour des projets sociaux concernant différents groupes de population, en y ajoutant l'école. Il vous remercie de suivre le Conseil municipal. Une dernière remarque qui est un clin d'œil, il est indiqué « pas d'incidence sur le climat » à la fin du rapport, mais j'espère que cette mesure aura une incidence positive sur le climat de l'école.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der GPK-Sprecher hat bereits erwähnt, dass das Problem, welches wir zu lösen versuchen, nicht eines der Stadt Biel ist. Es ist ein schweizweites, wenn nicht sogar ein grenzüberschreitendes Problem. Wir versuchen die Auswirkungen des Lehrermangels resp. des Mangels an Betreuungspersonen für die Kinder einzudämmen, was bedeutet, dass wir nichts anderes tun, als

den Wettbewerb der Gewinnung dieser Personen gegenüber anderen Städten, Gemeinden und Kantonen zu unseren Gunsten zu verändern. Trotz aller Massnahmen, die wir einsetzen, wird es nicht mehr oder weniger Lehrpersonen geben. Der Übertrag des verbleibenden Budgetbetrags in die Spezialfinanzierung ist eine einmalige Geschichte und somit sind wir als Fraktion der Ansicht, dass dieses Instrument der Spezialfinanzierung nicht geeignet ist. Die Spezialfinanzierung ist aus unserer Sicht dafür da, längerfristige, wiederkehrende, andauernde Aufgaben mit andauerndem Mittelzuwachs zu decken und zu sichern. Dies ist bei diesem Geschäft nicht der Fall, weshalb wir der Meinung sind, dass die Direktion BKS die benötigten Mittel ganz klar über ein ordentliches Budget beantragen muss und soll. Folglich lehnt die Fraktion das Geschäft ab.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat dieses Geschäft mit Interesse diskutiert und zur Kenntnis genommen. Wir finden die Überlegungen gut, denn es ist wichtig, dass genügend Lehrpersonal gefunden und der Beruf gut beworben wird. Jedoch sollte nicht vergessen werden, dass die allgemeinen Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen einen grossen Einfluss haben. Eine gute Infrastruktur und die Unterstützung durch Schulsozialarbeitende sind wichtig: Die Lehrpersonen benötigen in den Schulklassen mehr Unterstützung, weil es immer wieder zu komplexen Lebenssituationen zwischen Schülerinnen und Schülern kommt, auch bedingt durch die Klassengrössen. Andere Massnahmen – wie bereits erwähnt – werden auf Kantonsebene geregelt, wie beispielsweise die Löhne oder Ausbildungen.

Aus unserer Sicht hat die Direktion BKS vorausschauend gehandelt und gut kombiniert. Die Beträge für die nicht verwendeten LehrerInnenlöhne für die Kommunikation und die Suche nach Stellvertretungen zu verwenden, ist nachvollziehbar, notwendig und ein Versuch, das grundlegende Problem anders anzugehen. Hoffen wir, dass dieses Projekt die Schulleitungen und die Lehrpersonen entlastet, um somit in den Schulen eine bessere Atmosphäre zu schaffen und neue motivierte Lehrpersonen nach Biel bewegen zu können. Vielleicht besteht dadurch schlussendlich die Möglichkeit, dass sie nach Beendigung ihrer Stellvertretung angestellt werden können. Ich denke, es ist wichtig, dass wir die nicht verwendeten Beträge intelligent einsetzen und die Direktion hat diesbezüglich die richtigen Prioritäten gesetzt. Die Fraktion SP/JUSO empfiehlt deshalb, diesem Geschäft zuzustimmen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Nous ne remettons pas en cause le fait que le besoin est là. Par contre, avoir recours à des financements spéciaux nuit à la transparence. Nous aurions préféré que ces montants passent par le compte d'exploitation et par le budget pour les années suivantes. Nous allons tout de même accepter cette affaire en recommandant d'utiliser le moins possible les financements spéciaux dans des dossiers similaires à l'avenir.

Gerber Andreas, Fraktion FDP: Unsere Fraktion findet das Gefäss nicht unbedingt das geeignete, aber obwohl wir bei der Schulraumplanung und beim teuren Schulhaus interveniert haben, ist uns klar, dass doch wirklich Handlungsbedarf besteht. Die Situation der umliegenden Gemeinden wie z. B. Pieterlen, die wie wir Probleme haben, zeigt, dass wir wirklich handeln müssen. Eine attraktive Schule für die LehrerInnen ist die Basis für eine gute Bildung, die wir alle für wichtig befinden. Deshalb wird unsere Fraktion zustimmen, obwohl wir nicht einverstanden sind, das Geschäft mit einer Spezialfinanzierung zu finanzieren.

Tonon Ariane, au nom du Groupe Alliance Verte: Le Groupe Alliance Verte se prononce en faveur de la modification du règlement en question, tel que proposée dans le projet d'arrêté. Je ne sais pas si c'est la première fois qu'une communauté réalise des économies non voulues sur cette institution et service fondamental qu'est l'école publique, depuis son avènement en 1875, mais ce qui est certain, c'est que c'est un fait très préoccupant. Ces 1.1 mio. fr. provenant de salaires qui n'ont pas pu être versés, faute de personnes enseignantes et de personnel qualifié, entraînent une série de conséquences négatives, à commencer par celles subies par les directions d'école. Il s'agit de personnes généralement très engagées dans leur travail qui ne peuvent plus faire face à des tâches qui se sont démultipliées et qui finissent par abandonner leur poste. Parmi ces tâches décourageantes, on nous cite ici la recherche de remplaçants et remplaçantes. Ce problème dure depuis des années et nécessite une solution. Une centralisation telle que celle qui est prônée ici peut être un bout de la solution. En effet, lorsque l'on a trouvé le remplaçant ou la personne qui peut s'engager à plus long terme, le problème n'est pas encore résolu. Il est encore nécessaire de gérer le personnel enseignant qui ne connaît pas le métier d'enseignant ni les codes et le mode de fonctionnement de l'institution scolaire, ni les principes de gestion d'une classe, ni les manières de s'approcher des parents, ni ce qu'il faut exiger des élèves, ni comment on considère les collègues, ni même comment on range une salle parfois.

Ceci sans oublier qu'il est impossible, malgré toute la bonne volonté du monde, qu'une personne qui n'a pas de formation pédagogique et didactique puisse remplir les conditions nécessaires à la qualité de l'enseignement. Ces tâches qui ne peuvent être remplies, ces classes qui ne peuvent pas être ouvertes ou encore ces élèves qui ne peuvent accéder au soutien particulier mettent en péril la qualité de l'école et surtout le droit de chaque élève à recevoir une éducation qui pourra lui permettre de développer ses capacités et de participer à la société. Si cette crise de l'école ne peut bien sûr pas être résolue à la seule échelle de la commune, il est toutefois pertinent d'identifier quelques points sur lesquels il est possible d'agir, du moins temporairement. Nous ne pouvons donc que soutenir la réflexion et les actions pour une mise en valeur des postes d'enseignants et un soutien à la formation. Nous savons que ce n'est qu'un bout de la solution ici aussi. Il est toutefois urgent d'agir. Nous avons cette somme de 540'000 fr. à disposition, et il est de notre responsabilité comme politiciennes et politiciens élu(e)s d'envoyer un message clair en faveur d'un soutien à cette institution à laquelle nous tenons. Il s'agit d'une décision positive et d'un message de soutien aux enseignant(e)s, aux directions mais aussi aux parentes et élèves.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie pour l'échange et le soutien apportés à ce rapport. La Ville de Bienne a pour mission, comme toutes les communes, de mettre à disposition des familles et des enfants l'organisation de l'école. Cette dernière comprend non seulement la mise à disposition des infrastructures, mais aussi le recrutement des enseignants, l'organisation des entités au niveau de la direction des enseignants et également la mise à disposition du matériel d'enseignement. La Ville de Bienne doit également garantir le respect du bon fonctionnement de cette organisation. L'année dernière, il ne nous a pas été possible de créer l'organisation de classes telle qu'elle avait été initialement prévue, en raison du manque d'enseignants. Nous avons dû ne pas ouvrir certaines classes, ce qui a pour conséquence celles qui ont été déjà énumérées par Mme Tonon. A ces conséquences s'ajoute en plus, le fait que les enfants des classes qui n'ont pas pu être ouvertes ont dû être répartis dans des classes existantes déjà pleines. Cela veut dire qu'on a chargé encore plus les enseignants, les directions, les classes et les familles.

On peut imaginer cela par une chaîne de dominos qui a en son bout des enseignants qui ont déjà atteint leur limite et peuvent potentiellement passer dans le rouge. Ce fait peut donc encore accentuer le besoin de remplacement. C'est donc dans cette perspective que nous souhaitons aujourd'hui absolument mettre à disposition ces mesures qui proviennent effectivement de salaires non versés. Toutefois, je peux vous assurer que la prise en charge des enfants et le travail d'accompagnement et d'enseignement pour ces enfants ont été réalisés. Il a certes été réalisé en économisant sur le financement des communes mais c'est bien cela que nous voulons mettre dans un financement spécial. Monsieur Bord, je sais que c'est peut-être compliqué à comprendre, mais ce n'est absolument pas un manque de transparence. Quelle entreprise accepterait de faire travailler ses employés sans les payer ? Donc par rapport à cela, la transparence, nous la poussons aussi loin que nous souhaitons modifier l'intitulé du règlement en disant que cet argent sera attribué à l'usage scolaire. Il s'agit là vraiment d'une logique de transparence de bout en bout. Nous aurions pu laisser le règlement tel quel et de toute manière utiliser cet argent, mais ce n'est pas ce que nous voulions. Nous voulions vraiment rendre visible toute la logique et la cohérence qu'il y a là derrière et rendre attentif au fait que cette année, nous devons mettre en place des mesures qui nous permettront de maintenir des enseignants et des directions en forme dans nos écoles pour ne pas arriver, comme cela a été dit par Monsieur Gerber, à une situation comme celle que vit Pieterlen.

Cette situation va, de toute façon, devenir une charge pour les communes voisines, étant donné que les 140 élèves de Pieterlen qui n'ont pas de classes ni d'enseignants pour la rentrée devront bien être pris en charge quelque part. Si ce n'est pas par les écoles voisines, ça sera probablement par les familles et cela aura d'autres conséquences. Il s'agit là de notre responsabilité civile et sociale que nous mettons en œuvre au niveau du Conseil municipal de manière très transparente dans une situation de crise. J'espère que dans deux ans, on n'aura pas à intégrer ces mesures dans un budget, mais pour l'instant, la situation ne s'améliore pas. Je vous remercie vraiment du soutien qui est absolument indispensable à nos écoles et par extension à nos familles, à nos enseignants. Politiquement, je pense qu'une ville doit garantir la prise en charge et l'organisation de ses enfants pour l'école. Je vous remercie de suivre le Conseil municipal.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 7. Februar 2024, gestützt auf Art. 40 Abs. 4 Bst. h der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst mit einer grossen Mehrheit:**

- I. Das Reglement für die Spezialfinanzierung Soziale Projekte: Jugend, Sport, Familie, Gleichstellung und Integration (SGR 8.6-5) wird wie folgt geändert:

Titel:

Reglement für die Spezialfinanzierung Soziale Projekte: Jugend, Sport, Familie, **Schule**, Gleichstellung und Integration

Art. 1 Grundsatz

¹ Unter der Bezeichnung «Soziale Projekte: Jugend, Sport, Familie, **Schule**, Gleichstellung und Integration» besteht eine Spezialfinanzierung im Sinn von Artikel 86 der Gemeindeverordnung.

Art. 2 Zweck

¹ Die Mittel der Spezialfinanzierung werden wie folgt verwendet:

a. Die Spezialfinanzierung dient zur Finanzierung von Projekten in den Bereichen Jugend, Sport, Familie, **Schule**, Gleichstellung und Integration von Migrantinnen und Migranten sowie zur sozialen Integration, die entweder von der Stadt Biel selbst oder von privaten oder öffentlichen Organisationen gestartet werden, und ist vorrangig für Projekte bestimmt, von denen Multiplikatoreffekte erwartet werden.

b. *unverändert*

² *unverändert*

II. Diese Änderung tritt ab sofort in Kraft.

5. 20240051 Bewilligung von Nachkrediten zulasten der Jahresrechnung 2023

Suter Daniel, au nom de la Commission de gestion: Les comptes 2023 de la Ville de Bienne ont recours à des crédits supplémentaires pour un total de 135.4 mio. fr., dont 110.39 mio. fr. de crédits liés, 5.51 mio. fr. de crédits de la compétence financière du Conseil municipal et 29.5 mio. fr. restants doivent être accordés par le Conseil de ville. De ce montant, environ 20 mio. fr. peuvent être considérés comme conséquences d'opérations purement comptables, soit les 12.3 mio. fr. de l'agence AVS pour la délimitation de prestations en fonction de la période concernée, règle fondamentale en matière de comptabilité qu'il s'agit par cette opération de respecter. Une autre limitation de ce genre, là pour des charges de personnel de 180 000 fr., est opérée aux affaires sociales. A toute cela s'ajoutent environ 7 mio. fr. attribués au financement spécial infrastructure. La Commission de gestion considère cette mesure comme opportune compte tenu des gains comptables enregistrés en 2023 et du besoin d'investissement que nous connaissons. Enfin, font également partie de cette catégorie de crédits supplémentaires de 540'000 fr. attribués au financement spécial dont nous venons de réviser le règlement. Les 10 mio. fr. se répartissent entre les directions comme suit. A la mairie, un crédit supplémentaire de 120'000 fr. d'honoraires pour pallier un congé maternité et à la direction des finances, des suppléments pour environ 1.8 mio. fr., dont 800'000 fr. pour des taxes et primes d'assurance suite à la réévaluation des valeurs officielles. Il faut compter environ le même montant au département des immeubles et des finances pour réorganiser des processus et engager un soutien externe, le crédit du département des finances étant compensé par une baisse correspondante des charges du personnel.

A la direction des affaires sociales s'ajoutent aux 188'000 fr. déjà cités, 245'000 fr. pour des honoraires et une répartition de taxes avec la direction des travaux publics de l'énergie et de l'environnement. Après de cette dernière, des crédits supplémentaires

pour environ 1.8 mio fr., essentiellement pour des travaux d'entretien d'immeubles, dont nous connaissons le retard, et les réparations de véhicules ainsi que les charges de l'atelier qui a son propre centre de coût depuis 2021. Un crédit supplémentaire sollicité par la direction de la formation de la culture et du sport qui obtient à cet égard la palme entre les directions municipales avec environ 4.6 mio. fr. Les raisons de ce crédit ont pu être éclaircies plus amplement après un échange avec la direction. Je vous remercie pour la disponibilité. Il y a d'abord ce dépassement de 686'000 fr. du budget pour le compte "matériel et marchandises" au département des écoles, soit environ plus 37% par rapport aux comptes 2022 et 2023. Cette différence est manifestement due à un excès d'optimisme sur les effets du budget d'urgence. Il y a ensuite ce dépassement de plus de 800'000 fr. aux écoles à journée continue qui est dû à un problème de budgétisation. L'augmentation de la demande de prise en charge à midi ayant en principe été prévue par le service concerné avec des charges qui sont largement couvertes par les recettes supplémentaires. Il y a enfin 2.7 mio. fr. pour le compte spécial EMS, dont environ 1 mio. fr. supplémentaire pour les charges de matériel et marchandises de l'EMS Redern. Ces dernières sont doublées par rapport au budget 2023 et aux comptes 2022. Il s'agit là d'un surcoût qui s'ajoute aux 1.5 mio. fr. de charges de même nature dans le nouveau centre de coûts créé pour la cuisine de production.

Nous retenons des explications obtenues que le surcoût du compte 310 de l'EMS Redern est compensé à l'interne et que le revenu des taxes de 3.75 mio. fr. comptabilisés dans le nouveau centre de profit « Cuisine de production » proviendrait à deux tiers des structures d'accueil, soit des contributions des parents d'enfants, et pour un tiers de l'EMS Redern, soit par les taxes du home. Enfin, il y a cette différence entre le plan comptable des EMS et le reste de l'Administration communale qui s'ajoute à la complexité de cette situation. La Commission de gestion en prend acte et continuera à la suivre, notamment sous l'aspect de la couverture des frais de la nouvelle cuisine de production. En conclusion, la Commission de gestion considère que les crédits supplémentaires sont motivés en suffisance et vous recommande de les accepter.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: Notre Groupe va approuver les crédits supplémentaires aux comptes 2023 d'environ 29.5 mio. fr. Que pourrions-nous faire d'autre rétroactivement ? Si je viens prendre la parole, c'est que ce genre de document concocté par la direction des finances nous interroge grandement. Presque chaque point est peu clair et peu transparent, mais je n'en relèverai ici que quatre. Monsieur Suter parle d'un effet d'excès d'optimisme pour la direction de la formation de la culture et du sport. À mon avis, il y a certains problèmes que je vais citer ci-dessous. Par exemple, 12 mio. fr. sont prévus pour l'agence AVS. Dans les explications que nous avons reçues de la direction des finances par rapport à ce montant, je comprends que l'ont aurait payé les montants dûs de l'année précédente et que tout à coup on décide, sur une année de payer en plus les acomptes dus de l'année en cours. J'aimerais savoir pourquoi on décide cette année de changer la manière de faire en chargeant les comptes 2023 de montants prévus pour 2024.

Par rapport au point 424 « école des cycles primaires, charges de matériel et de marchandises » je m'étonne de savoir à quoi avons-nous jouer avec Substance 2030. En effet, il a été proposé au Conseil de ville des mesures de réduction dans l'achat du matériel. Personnellement, je pensais que ces mesures avaient été analysées et qu'elles pouvaient être faites. Il n'est donc pas compréhensible que l'on ait du matériel en plus alors que la décision avait été prise d'en avoir moins. Enfin, pour le point 4.3 dont on vient de parler, je trouve regrettable qu'on indique simplement 540'000 fr. en négatif, sans explication. En effet, le point 7 de l'ordre du jour a été voté à une large

majorité car il fait sens. En résumé, nous trouvons que le document présenté au Conseil de ville est peu clair mais on ne peut rien faire d'autres que d'approuver ces crédits supplémentaires. Nous regrettons toutefois le manque de clarté, d'explications et de transparence.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: 2019: CHF 2.6 Mio., 2020: CHF 1.7 Mio., 2021: CHF 12.4 Mio., 2022: CHF 17.8 Mio. und 2023: CHF 29.5 Mio. Verrückt, oder? Die vom Gemeinderat dem Stadtrat im Nachhinein beantragten Nachkredite sind innert kurzer Zeit regelrecht explodiert. Diese Entwicklung beunruhigt die Fraktion GLP+ und ist erklärungsbedürftig. Denn nicht explodiert ist hingegen der Bericht zu den Nachkrediten, wie bereits meine Vorrednerin kritisiert hat. Beim Lesen des Berichts scheint es, als ob es sich um ein paar Zehntausend Franken hier und einmal paar Hunderttausend Franken da ginge. Nach Studium der Unterlagen wird klar, dass es sich bei den grösstenteils aufgelösten Beiträgen nicht um klassische Nachkredite handelt. Angesichts der Summe der Nachkredite empfindet die Fraktion GLP+ den Bericht als schludrig. Ein Nachkredit über CHF 7 Mio. wird in vier Zeilen erklärt, CHF 12.4 Mio. in drei Zeilen. Wir wünschen uns vom Gemeinderat eine ausführlichere Berichterstattung, insbesondere bei Krediten, welche ein paar Hunderttausend Franken überschreiten. Exemplarisch dafür steht der Dreizeiler unter Punkt 4.1 über CHF 12.4 Mio. Um zu verstehen, um was es eigentlich geht, muss der Bericht der Jahresrechnung 2023 konsultiert werden, in welchem erläutert wird, dass es sich letztlich um eine reine Praxisänderung handelt, die einmalig wirkt. Bezüglich dem zweitgrössten Kredit, Punkt 2.4 über CHF 7 Mio., wird ein eigentlicher Zweck verschleiert. Es handelt sich um nichts anderes als den Beschluss über die Gewinnverwendung der abgeschlossenen Rechnung gegenüber dem Budget. Wir haben uns gefragt, ob es nicht transparenter wäre, dies als Beschluss im Rahmen der Jahresrechnung auszuweisen, als diesen in den Nachkrediten zu verbergen.

Ein weiteres Thema waren die Punkte 8.1 und 8.3 betreffend Alterszentrum «Redern». Die erste Überschreitung von CHF 1 Mio. wird durch den Preisanstieg der Lebensmittel, Reinigungs- und Haushaltsmittel begründet. Wir bestreiten nicht, dass viele Preise angestiegen sind, es ist jedoch nicht verständlich, weshalb dies nur beim Alterszentrum «Redern» der Fall war. Wie bereits im letzten Jahr ist dem Bericht zunehmend nicht mehr zu entnehmen, ob und wie diese Kreditüberschreitungen kompensiert werden konnten; bis vor wenigen Jahren konnte diese Information dem Bericht entnommen werden. Es ist verständlich, dass nicht in jedem Fall eine Kompensation möglich ist, aber dies sollte aus unserer Sicht im Bericht sauber und transparent ausgewiesen werden. Als Fazit: Wir betrachten die stark anwachsenden Summen der Nachkredite mit Sorge. Es scheint uns, dass der Bericht qualitativ dieser Entwicklung nicht mehr gerecht wird, aber wir sind uns bewusst, dass eine Ablehnung dieses Geschäfts nichts Wesentliches ändern würde.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Dieses Geschäft scheint auf dem Papier sehr technisch und vollkommen unpolitisch. Doch in der Realität ist es sehr wohl politisch, denn mit diesem Geschäft wird bestimmt, für welchen Zweck die Überschüsse aus der Jahresrechnung reserviert werden. In diesem Jahr lässt der Gemeinderat mit den Nachkrediten Überschüsse in der Höhe von knapp CHF 20 Mio. verschwinden. CHF 7 Mio. werden in die Spezialfinanzierung Infrastrukturanlagen eingelegt, was die Fraktion SP/JUSO begrüsst. CHF 0.5 Mio. werden eingelegt, um die Massnahmen zur Begegnung des Lehrpersonenmangels zu finanzieren, was wir ebenso unterstützen. Jedoch versteckt der Gemeinderat CHF 12.4 Mio. dieses Überschusses, indem er zusätzliche

Zahlungen des Lastenausgleichs Ergänzungsleistungen und Familienzulagen beiseitelegt, welche die Stadt dem Kanton jährlich schuldet und dies periodengerechte Abrechnung nennt. Er legt Geld für eine Forderung des Kantons zurück, die es gar nicht gibt. Damit greift der Gemeinderat tief in die Trickkiste, um das Jahresergebnis der Stadt Biel schlechter aussehen zu lassen, denn das betriebliche und operative Ergebnis verschlechtert sich damit um CHF 12.4 Mio.

Der Fraktion SP/JUSO missfällt diese Trickserie. Dieser Betrag hätte für andere Zwecke wie zum Beispiel dem städtischen Wohnungsbau reserviert werden müssen. Unsere Fraktion wird deshalb einen Vorstoss einreichen, dass wenn wieder Reserven gebildet werden können, ebenfalls ein Betrag für den städtischen Wohnungsbau reserviert wird. So könnte die Stadt in den städtischen Wohnungsbau investieren und längerfristig höhere Erträge generieren. Dies, liebe KollegInnen, wäre eine kluge Finanzpolitik im Gegensatz zur aktuellen Politik des Gemeinderats, mit welcher Überschüsse im Nirgendwo verschwinden, um Rechnungsergebnisse schlechter dastehen zu lassen. Wir werden die Nachkredite jedoch trotz dieser Kritik bewilligen.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Ich nehme kurz Stellung zu den Kritikpunkten. Wir werden die Frage, wie die Darstellung resp. die Begründung der Kreditüberschreitungen in Zukunft aussehen soll, noch in der Direktion sowie im Gemeinderat in einem geeigneten Rahmen diskutieren. Wir verstehen, dass ein Bedürfnis nach weitergehenden Begründungen besteht. Gleichzeitig möchten wir doch festhalten, dass die Direktionen die Nachkredite begründen – die Begründungen werden also nicht von der FIN erfunden. Was die Thematik Lastenausgleich und Ergänzungsleistungen betrifft, können Sie die ausführlichere Beschreibung der Jahresrechnung 2023, Punkt 1.1.1.4.3 entnehmen. Im Gegensatz zu früheren Jahresberichten haben wir die ausserordentlichen Positionen im Detail erklärt und beschrieben. Ihr Verdacht, Herr Koller, dass der Gemeinderat versucht, etwas zu verstecken oder nicht transparent zu sein, ist nicht richtig. Was die periodengerechte Abgrenzung betrifft, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass zum Beispiel früher – als ich noch Direktor der DSS war – die Lastenausgleichssysteme der Sozialhilfe und des Erwachsenenschutzes nicht periodengerecht abgegrenzt wurden. Schon damals haben wir einen ersten Schritt für eine periodengerechte Abgrenzung in diesen Lastenausgleichsbereichen vorgenommen und nun noch im Bereich Ergänzungsleistungen und Familienzulagen. Im Zusammenhang mit der Finanzstrategie, haben wir festgehalten, dass wir in unserer Buchführung Schritt für Schritt transparenter und nachvollziehbarer werden wollen. Der Gemeinderat hat kein Interesse, das Resultat der Jahresrechnung zu verschlechtern. Er hat eine andere Betrachtungsweise. Vielen Dank für die insgesamt positive Aufnahme.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 20. März 2024, gestützt auf Art. 39 Abs. 2 Bst. b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst mit einer grossen Mehrheit:**

Folgende Nachkredite von insgesamt CHF 29'501'780.00 werden bewilligt:

Konto-Nr., 170.313, Stadtplanung	CHF	121'843.00
Konto-Nr. 220.313, Liegenschaften der Stadt Biel	CHF	801'478.00
Konto-Nr. 220.315, Liegenschaften der Stadt Biel	CHF	367'227.00
Konto-Nr. 240.313, Finanzen	CHF	465'889.00
Konto-Nr. 240.389, Finanzen	CHF	7'026'977.00
Konto-Nr. 280.315, Informatik und Logistik	CHF	140'000.00
Konto-Nr. 322.313, Öffentliche Sicherheit, Spezialdienste	CHF	245'320.00
Konto-Nr. 370.309, Soziales	CHF	188'453.00
Konto-Nr. 408.363, AHV-Zweigstelle	CHF	12'365'520.00
Konto-Nr. 424.310, Schulen der Primar- u. Sekundarstufe	CHF	686'782.00
Konto-Nr. 424.389, Schulen der Primar- u. Sekundarstufe	CHF	540'000.00
Konto-Nr. 437.313, Tagesschulen	CHF	808'601.00
Konto-Nr. 437.314, Tagesschulen	CHF	139'047.00
Konto-Nr. 437.390, Tagesschulen	CHF	124'600.00
Konto-Nr. 445.310, Städtische Kitas - Essenskosten	CHF	178'953.00
Konto-Nr. 540.313, Hochbau	CHF	112'085.00
Konto-Nr. 540.314, Hochbau	CHF	488'214.00
Konto-Nr. 540.363, Hochbau	CHF	195'971.00
Konto-Nr. 562.315, Infrastruktur, Werkstatt	CHF	559'713.00
Konto-Nr. 563.391, Infrastruktur, Strassenunterhalt	CHF	387'481.00
Konto-Nr. 566.391, Infrastruktur, Gärtnerei	CHF	252'932.00
Zwischentotal Nachkredite Verwaltung	CHF	26'197'086.00
Konto-Nr. 957.361, Abwasserwesen	CHF	120'300.00
Konto-Nr. 956.361, Kehrrichtabfuhr	CHF	476'744.00
Konto-Nr. 893.310, Alterszentrum Redern	CHF	998'085.00
Konto-Nr. 893.314, Alterszentrum Redern	CHF	110'959.00
Konto-Nr. 895.310, Produktionsküche Redern	CHF	1'486'156.00
Konto-Nr. 899.313, Zentr. Dienste Alterszentren Biel	CHF	112'450.00
Zwischentotal Nachkredite Sonderrechnungen	CHF	3'304'694.00
TOTAL NACHKREDITE	CHF	29'501'780.00

6. 20240051 Jahresrechnung 2023 (Bericht / Zahlenteil)

Allgemeine Debatte

Zumstein Joël, GPK: Insgesamt beurteilt die GPK das vorliegende Ergebnis der Jahresrechnung 2023 der Stadt Biel als erfreulich. Die grundsätzlichen Erwartungen, sprich Budget, wurden übertroffen. Im Gegensatz zum Budget, welches einen Verlust von CHF 2.73 Mio. prognostizierte, schloss der allgemeine Haushalt der Stadt Biel mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Sonderrechnungen haben ebenso mit einem positiveren als budgetierten Ergebnis abgeschlossen, mit einem Gewinn von

CHF 3.66 Mio. Der Gesamthaushalt hat sich gegenüber dem Budget um CHF 6.42 Mio. verbessert.

Ich möchte einige Punkte der Jahresrechnung des allgemeinen Haushalts hervorheben: Die dreistufige Erfolgsrechnung befindet sich im hinteren Teil des Berichts und gibt einige interessante Einblicke und Aufschlüsse über die Zusammenhänge der Ereignisse. Der allgemeine Haushalt schliesst mit einer schwarzen Null ab. Es gilt aber anzumerken, dass mit einem Verlust des betrieblichen Ergebnisses von CHF 36.92 Mio. nicht nur eine Verschlechterung zum Budget von CHF 13 Mio. besteht, sondern im Vergleich zum Ergebnis 2022, ein Minus von CHF 16.52 Mio. besteht. Dank wesentlich besseren Ergebnissen auf den operativen und ausserordentlichen Stufen (Stufe 2 und 3) kann letztendlich das Jahresergebnis ausgeglichen präsentiert werden. Im Sach- und übrigen Betriebsaufwand besteht eine Budgetüberschreitung von CHF 5.95 Mio., entstanden durch höhere Kosten im baulichen Unterhalt, in der Energieversorgung und durch Wertberichtigungen nach unten. Das Budget 2023 wurde erst im Mai 2023 rechtskräftig, bis dahin hat ein Notbudget gegolten, das nur zwingend notwendige Ausgaben erlaubt hat. Dies führte dazu, dass pauschale Kürzungen im Budget vorgenommen wurden, insbesondere auch beim Betriebsaufwand. Der Jahresabschluss zeigt diese entsprechend tiefer ausfallenden Aufwände nicht, uns stellt sich eine Überschreitung des Sachaufwands in den entsprechenden Budgetpositionen dar. Diese weist darauf hin, dass die Massnahmen zur Reduzierung dieser Sachaufwände nicht ausreichend umgesetzt werden konnten und die geplanten Einsparungen des Notbudgets nicht realisiert wurden.

Die Steuererträge für das Jahr 2023 zeigen eine erfreuliche Entwicklung. Mit rund CHF 165 Mio. liegen sie deutlich über dem budgetierten Betrag von CHF 149 Mio. und übertreffen auch die Steuererträge des Vorjahres, die bei CHF 158 Mio. Franken lagen. Diese positiven Abweichungen sind hauptsächlich auf höhere Einnahmen der Steuern von natürlichen und juristischen Personen zurückzuführen. In der Diskussion zwischen GPK und Finanzdirektion wurde deutlich, dass zukünftige Entwicklungen der Steuererträge einige Unsicherheiten mit sich bringen. Dies insbesondere aufgrund von steuerrechtlichen Anpassungen und der daraus resultierenden Auswirkungen, die noch nicht klar abschätzbar sind. Diese Auswirkungen können sich teilweise über mehrere Jahre hinziehen, so dass sie nicht von einem Jahr auf das andere erkennbar sind und entsprechend weitergeplant werden kann.

Der Finanzertrag ist deutlich hervorzuheben. Er hat mit CHF 109 Mio. das Budget mit über CHF 80 Mio. übertroffen. Die positiven Ergebnisse sind auf Kapitalwertanpassungen von Baurechten zurückzuführen. Diese Erhöhung wurde einerseits als Aufwertungsgewinn gebucht, andererseits aber in die entsprechende Spezialfinanzierung Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens eingelegt. Dieser Vorgang ist so neutralisiert und ist weder liquiditätswirksam, noch hat er Einfluss auf das Jahresergebnis 2023. Insgesamt kommt die GPK zu einem positiven Fazit und empfiehlt die Jahresrechnung deshalb zur Annahme.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Die Fraktion Grünes Bündnis hat die vorliegende Jahresrechnung diskutiert. Wie jedes Mal, muss zuerst verstanden werden, was sich hinter dem Ergebnis der Erfolgsrechnung des Allgemeinen Haushalts verbirgt. An dieser Stelle danke ich der zuständigen Direktion für die Beantwortung meiner Fragen. Wir stellen fest, dass sich 2023 die finanzielle Situation erneut positiv entwickelt hat. Bei quasi gleich hoher Verschuldung konnte gleichzeitig massiv Eigenkapital hinzugewonnen werden. Die Stadt wurde also reicher. Die Fraktion Grünes Bündnis schliesst daraus, dass der Gemeinderat zu den Finanzen Sorge trägt und das gut

macht. Ich hebe zwei Aspekte hervor, welche 2023 diskutiert wurden, nämlich die Finanzstrategie und den Finanzplan.

Zur Finanzstrategie gibt es noch kein explizites Monitoring. Ich habe nachgeschaut, wie sich die Kennzahlen entwickelt haben, welche die Finanzdirektion für die finanzielle Entwicklung der Stadt als massgeblich erachtet. Der Selbstfinanzierungsgrad im Rechnungsjahr 2020 war sehr tief. Damals mussten fast alle Investitionen mit Fremdkapital finanziert werden. Seither hat sich der Indikator Jahr für Jahr verbessert. Beim Gesamthaushalt liegt der Selbstfinanzierungsgrad beinahe bei 90%. Der Zinsbelastungsanteil sinkt zudem seit Jahren. Wir haben in den letzten Jahren immer weniger Geld für Zinszahlungen aufwenden müssen. Das ist insbesondere deshalb bemerkenswert, weil immer vom Gegenteil ausgegangen wurde. Auch das sogenannte frei verfügbare Eigenkapital hat sich dank erneuten Einlagen stark verbessert und zwar auf über CHF 150 Mio. Das ist wichtig, weil damit zukünftige Schwankungen abgefangen werden können. Die Kennzahlen dürfen sich natürlich nicht unbegrenzt entwickeln, das ergibt keinen Sinn. Wir stellen lediglich fest, dass die Entwicklung in den letzten Jahren positiv verlief.

Ich gehe kurz auf den Finanzplan ein. Sie erinnern sich, dass wir im Herbst 2023 eine intensive Debatte über die finanzielle Entwicklung in den kommenden Jahren geführt hatten. Die Ausgangslage hat sich deutlich verändert. Der Gemeinderat ging für 2023 von einem operativen Ergebnis von minus CHF 20 Mio. aus. Nach Berücksichtigung der einmaligen Sondereffekte durch die zusätzlichen Abschreibungen, der Rechnungsabgrenzung sowie der Neubewertung der Baurechte, ergibt sich im Gesamthaushalt ein operatives Ergebnis von plus CHF 16 Mio. Das heisst, das tatsächliche Ergebnis von 2023 liegt CHF 36 Mio. über der damaligen Annahme. Wir sind mit den vorliegenden Zahlen grundsätzlich zufrieden. Am meisten gab die schlechte Prognose des Gemeinderats zu reden. Wir nehmen die Fragen rund um den Finanzhaushalt sehr ernst. Umso wichtiger scheint uns eine faktenbasierte Grundlage. Eine Fehlprognose kann vorkommen, muss aber auch eingestanden werden.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nimmt von der vorliegender Jahresrechnung 2023 Kenntnis. Vordergründig ist das Ergebnis erfreulich und schliesst positiver ab als budgetiert. Ich möchte nicht allzu detailliert werden, denn Sie haben die Zahlen sicher alle intensiv studiert. Uns hat erstaunt, dass das Notbudget keinerlei Effekte hatte. Sobald das Budget genehmigt wurde, sass das Geld wieder locker. Dieser Umstand stimmt uns nachdenklich. Obschon das Jahr positiv abschliesst, kann man sich auf gar keinen Fall ausruhen. Ich habe gerade vorhin gehört, dass es gar nicht so schlimm sei, wie wir von den bürgerlichen Seiten immer wieder sagen und dass wir wahrscheinlich gar nicht sparen müssten. Leider ist das Gegenteil der Fall. Im Bericht werden die einzelnen Effekte auf die Jahresrechnung gut und ausführlich beschrieben.

Ich werde zwei Positionen herauspicken und kurz darauf eingehen: Die Gesamtsteuererträge von CHF 165.37 Mio. sind im Vergleich zum Vorjahr wieder gestiegen und über CHF 16 Mio. höher als budgetiert. Sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen sind Mehreinnahmen zu verzeichnen. Allein diese Position hat erheblichen Einfluss darauf, ob die Jahresrechnung gut oder negativ abschliesst. Es liegt also in unserem grössten Interesse, dass es der Bieler Wirtschaft gut geht, Arbeitsplätze geschaffen werden und gute Rahmenbedingungen für deren Entwicklung herrschen. Die linke Mehrheit im Stadtrat wollte in der Vergangenheit immer wieder

wirtschaftsfeindliche Entscheidungen treffen, wie beispielsweise den Steuerfuss für juristische Personen mehr anzuheben als für natürliche Personen. Das konnten wir Gott sei Dank an der Urne verhindern, diese Tendenzen bestehen aber immer noch.

Unabhängig von einem positiven oder negativen Ergebnis der Jahresrechnung darf der Schuldenberg, der uns wie ein Klotz am Bein hängt, nicht vergessen werden. In der Jahresrechnung werden im Gesamthaushalt CHF 904,5 Mio. Fremdkapital ausgewiesen; die Milliarde ist sehr nah. Auf dieser Summe zahlt die Stadt jedes Jahr Zinsen. Per Ende 2023 waren es circa 1,33 %. Sie können also selber ausrechnen, was wir zusätzlich ausgeben. Dieses Geld könnten wir sicher für Sinnvolleres nutzen. Als wäre dieser Klotz am Bein nicht schon schwer genug, fehlen uns die finanziellen Mittel für laufende Investitionen. Für die getätigten Investitionen 2023 mussten über CHF 4 Mio. Fremdkapital zusätzlich aufgenommen werden.

Diese strukturellen Probleme müssen konsequent angegangen werden. Es wird weiterhin eine Finanzstrategie brauchen, um diesen Schuldenberg abzubauen und finanziell wieder auf die Beine zu kommen. Langfristig funktioniert dies nur mit den entsprechenden Instrumenten wie einer Schuldenbremse und Ausgabendisziplin. Wir stimmen der Jahresrechnung zu und sind froh, dass es kurzfristig positive Effekte gegeben hat. Wir warnen aber dringend davor, sich jetzt auszuruhen. Der Weg ist noch lang und ungemütlich.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: 2020 prognostizierte der Gemeinderat im Finanzplan für 2023 ein Defizit von CHF 26.5 Mio. Ein Jahr später, 2021, prognostizierte der Gemeinderat im Finanzplan für 2023 ein Defizit von CHF 36.5 Mio. Wieder ein Jahr später, 2022, prognostiziert der Gemeinderat im Budget, dass die Stadt Biel, trotz Umsetzung von Sparmassnahmen, 2023 ein Defizit von CHF 19.5 Mio. schreiben wird. Nun haben wir 2024 und die Stadt Biel hat letztes Jahr nicht wie in allen Prognosen erwartet ein Defizit von CHF 20 oder 30 Mio. geschrieben, sondern einen Überschuss von CHF 48.5 Mio. Das geht im Jahresbericht aus dem operativen Ergebnis hervor. Der Gemeinderat lässt diesen Überschuss verschwinden, indem er Nettoreserven von CHF 48.5 Mio. bildet. Dieser Abschluss ist sehr gut und muss einen Einfluss auf die künftige Finanzpolitik haben. Zuerst muss jedoch dieses Ergebnis eingeordnet werden. Wie kommt das vorliegende Rechnungsergebnis zustande? Dafür gibt es drei zentrale Gründe:

1. Offensichtlich hat der Gemeinderat in verschiedenen Bereichen viel zu pessimistisch budgetiert und prognostiziert, wie wir in der Vergangenheit immer wieder angemerkt haben. So sind die Steuererträge beispielsweise mit CHF 165 Mio. um CHF 16.5 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Die Steuereinnahmen sind sogar noch höher als 2022, obwohl der Gemeinderat kommuniziert hatte, die Steuern würden aufgrund von Einmaleffekten sinken. Auch bei den Zinsausgaben hat sich der Gemeinderat komplett verschätzt. Davor haben wir ebenfalls immer wieder gewarnt. Der Gemeinderat prognostiziert im Budget, dass die Zinsausgaben auf CHF 17 Mio. ansteigen werden. Stattdessen betrugen die Ausgaben für Zinsen CHF 3.4 Mio. weniger und nur CHF 13.6 Mio. Das sehen Sie im Zahlenteil der Jahresrechnung auf Seite 79. Der Gemeinderat hielt es nicht einmal für nötig, diese grosse Abweichung im Bericht transparent zu erwähnen.
2. Wir haben vor zwei Jahren hier im Stadtrat Sparmassnahmen beschlossen. Diese haben in der vorliegenden Jahresrechnung zum ersten Mal ihre Wirkung entfaltet. Das Reporting dieser Massnahmen findet sich leider lediglich im Zahlenteil auf Seite 204. Die beschlossenen Substancemassnahmen haben das Jahresergebnis um CHF 4.6 Mio. verbessert, womit der Gemeinderat das budgetierte Sparziel sogar

übertraffen hat. Die Einsparungen der Personalmassnahmen sind darin nicht enthalten, was weitere zusätzlich eingesparte CHF 1 bis 2 Mio. ausmacht. Die getroffenen Sparmassnahmen betragen also insgesamt rund CHF 6 Mio. und sind der zweite wichtige Grund, weshalb das Jahresergebnis 2023 so gut und sogar noch besser als im Vorjahr ausgefallen ist.

3. Die Inflation und gestiegenen Zinsen erhöhten in der Vergangenheit primär die Ausgaben. Diese haben nun auch auf der Einnahmeseite ihre Wirkung entfacht. So wurde aufgrund der Inflation der Kapitalwert vieler Baurechte erheblich erhöht. Diese Anpassung führt in der Rechnung zu einem einmaligen Finanzertrag von CHF 57 Mio. sowie jährlich wiederkehrenden zusätzlichen Baurechtserträgen von CHF 2 Mio. Der Aufwertungsgewinn von CHF 57 Mio. ist der Grund für das Plus von knapp CHF 50 Mio. Statt einem ausgeglichenen Haushalt konnten wir Nettoreerven von knapp CHF 50 Mio. bilden. Ich betone, dass die Jahresrechnung immer noch mit schwarzen Zahlen abschliesst, auch wenn die einmaligen Effekte der Aufwertungsgewinne sowie die einmalige Abschreibung von CHF 8.6 Mio. aufgrund der Umwidmung vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen und der einmaligen Doppelzahlung im Lastenverteiler Sozialhilfe von CHF 12.6 Mio. herausgerechnet werden. Der vorliegende Rechnungsabschluss ist deshalb eine sehr gute Nachricht für die Stadt.

Wie ist die finanzielle Situation der Stadt nach diesem Abschluss generell einzuschätzen? Die vorliegende Rechnung ist der zweite sehr solide Abschluss in Folge. Vor einem Jahr haben bürgerliche Vertreter darauf hingewiesen, dass der Rechnungsabschluss 2022 nur aufgrund von Einmaleffekten positiv ausgefallen sei. Der Abschluss ein Jahr später ist noch besser und die Steuererträge noch höher. Damit bestätigt dieser Rechnungsabschluss unsere letztjährige Interpretation, dass die finanzielle Lage in der Stadt Biel generell viel besser ist als angenommen und es sich nicht um eine Eintagsfliege handelt.

Arnold Niels, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ unterstützt den Antrag zur Genehmigung der Jahresrechnung 2023. Wir haben es schon gehört, die Rechnung schliesst im Vergleich zum Budget positiv ab. Einer der Hauptgründe ist unter anderem der steigende Fiskalvertrag, der gegenüber dem Budget zu einer Besserstellung von über CHF 16 Mio. geführt hat. Die Mehreinnahmen betreffen sowohl die juristischen als auch die natürlichen Personen. Eine weitere Kennzahl ist die Schlechterstellung von CHF 8 Mio. aus Abschreibungen infolge einer Umwidmung vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen. Diese wird allerdings durch die Auflösung von Buchgewinnen im Finanzvermögen wieder ausgeglichen. Die Schlechterstellung im Sachaufwand von CHF 4 Mio. hat uns erstaunt. Trotz dem Notbudget 2023 hat sich der Sachaufwand erhöht. Die Sondereffekte erschweren die Beurteilung der Jahresrechnung. Beispielsweise wurden rund CHF 20 Mio. weniger für die Sozialhilfe ausgewiesen. Offensichtlich waren die Ausgaben für die Sozialhilfe rückläufig. Dies bleibt aber ein Nullsummenspiel, weil dadurch entsprechend weniger hohe Beiträge an den Kanton gefordert werden können.

Herr Feuerer, wenn wir vom «True and fair-Prinzip» sprechen, dürften dort keine Spezialfinanzierungen geführt werden. Diese sind denn auch eines der Kernelemente unserer Kritik. Allein im ausserordentlichen Aufwand werden rund CHF 85 Mio. in Spezialfinanzierungen überführt. Natürlich sind dort auch einmalig die CHF 57 Mio. an Buchge-

winnen im Finanzvermögen enthalten. In den Spezialfinanzierungen sind Finanzierungen für Infrastrukturanlagen und Parkierungsanlagen und so weiter enthalten. Hier wird wesentliches Kapital gebunden.

Zu dem guten Ergebnis stellen sich ein paar Fragen. Der betriebliche Aufwand ist massiv höher als der betriebliche Ertrag. Das Defizit beträgt rund CHF 37 Mio. Ob es sich um ein strukturelles Defizit handelt, lässt sich nicht klar abgrenzen. Schlussendlich sind auch die Abschreibungen im betrieblichen Aufwand enthalten. Die Kennzahlen, vor allem der Brutto- und Nettoverschuldungsanteil, haben sich verbessert. Ebenfalls verbessert hat sich die Selbstfinanzierung, eines der Kernprobleme der Stadtfinanzen. Zum Schluss gebe ich zu Bedenken, ob eine Reduzierung der Spezialfinanzierungen nicht besser wäre. Das Ergebnis wäre damit periodengerechter und mehr «true and fair».

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Nous remercions le Conseil municipal et la direction des finances pour la qualité de son rapport. Ceux qui ne comprennent pas assez les finances publiques et ceux qui ont la vue voilée par l'idéologie vont retenir un résultat équilibré. Les comptes sont-ils vraiment si bons? Avons-nous assisté à un miracle? Cela me fait penser à la chanson de Ray Ventura, « Tout va bien, Madame la Marquise ». En effet, alors que la maison est en feu, le personnel cachait la vraie situation à la Marquise, chez nous, aux citoyens. Concentrons-nous sur le compte général. Une relativement bonne conjoncture, presque pas de chômage, une diminution des bénéficiaires de l'aide sociale, des investissements insuffisants avec 8,84%, qui créent de facto une dette cachée, une augmentation de la dette, des impôts rétroactifs extraordinaires de manière unique de 6,2 millions. Et avec ça, nous avons une perte d'exploitation de 36,92 millions comme nous pouvons le lire. Certains vont vouloir tenir compte du résultat financier qui est dû principalement à la réévaluation de patrimoine n'apportant rien au niveau cash. Les indicateurs MCH2 sont intéressants, mais devraient être complétés par d'autres, par exemple de l'IDHEAP. Par exemple, évaluer la dette par habitant est intéressant, mais ne pas tenir compte de l'assiette fiscale rend cette signification plus faible.

La même dette par habitant à Zoug, Muri, Mörigen est beaucoup moins grave qu'à Bienne. L'amélioration des indicateurs induit principalement des investissements insuffisants et la réévaluation du patrimoine, donc juste un peu de fumée sans franc supplémentaires dans les caisses de la ville. Il faut prendre les indicateurs avec toute la réserve nécessaire. Bienne est une ville riche sur papier mais sans argent. Cette fumée que sont les financements spéciaux, comme celui traité précédemment pour les écoles, nuit à la transparence. J'insiste, je n'ai pas dit que le Conseil municipal a voulu cacher quelque chose. Si on passe tout par le compte d'exploitation, on peut mieux montrer la réalité et gagner en transparence, même si, comptablement, tout s'est fait correctement. Si l'on enlève toute cette fumée qu'est la cosmétique comptable, nous pouvons constater une augmentation de la dette de 4,9 millions. Nous ne sommes pas encore milliardaires en dette, mais nous allons dans cette direction. Bienne la milliardaire, est-ce le slogan électoral de la nouvelle Gauche pour les élections cet automne ? Laissons les électeurs juger si c'est aussi leur rêve. Pour ne pas m'accuser d'être uniquement négatif, il faut souligner l'amélioration de l'assiette fiscale due à des logements de qualité au centre-ville. Nous voyons que si nous mettons les conditions cadre favorables, nous pouvons gagner de bons contribuables. Il faut que cela continue. Continuons à travailler à cette mise en valeur, à commencer par une saine exploitation du futur site de l'hôpital après son départ à Brugg. En résumé, bonne conjoncture, pas assez d'investissements, revue extraordinaire, mais tout mène à la croissance de la dette. Non, le résultat qualifié artificiellement d'équilibré ne l'est pas vraiment. Nous sommes

clairement dans un déficit structurel dont il faut s'occuper. Non, le PRR ne veut pas d'austérité absolue. Pour garder son attractivité, la ville doit garder des politiques publiques en faveur de la population, comme la culture et d'autres choses. Il faudrait peut-être mieux cibler, optimiser le fonctionnement interne de l'administration, éliminer les lourdeurs administratives, les doublons.

Nous voyons beaucoup de potentiel. Et surtout construire de manière raisonnable chaque fois sans nous proposer des projets luxueux et pharaoniques comme celui de la Champagne. Non, la classe moyenne ne roule pas en Mercedes, redevenons raisonnables, nous ne sommes pas à Zoug. Il est urgent d'agir pendant que l'on peut encore freiner la machine de manière intelligente. Si l'on attend trop, il faudra couper dans les politiques publiques nécessaires, ce qui nuira à l'attractivité de la ville. Comment y parvenir ? La seule recette proposée par la gauche pour le moment est d'ignorer le problème et le sous-estimer, ou éventuellement augmenter les impôts. Non, je ne crois pas qu'avec une majorité de gauche, ni au Conseil municipal, ni encore moins au Conseil de Ville, nous puissions assainir nos finances pour continuer à pouvoir financer les politiques publiques au profit de notre population. Il est temps de changer de majorité. Le PRR va accepter les comptes.

Roquet Hervé, au nom du Groupe PSR: Le groupe PSR a lu le rapport 2023 sur les comptes avec une grande attention, et je dois dire avec un certain soulagement. Ce que nous voyons dans ce rapport annuel, ce n'est pas la détérioration de la situation financière de Bienne, comme pronostiqué dans les budgets 2023 et 2024, mais une amélioration remarquable. Il ne s'agit pas seulement d'une augmentation des revenus fiscaux et d'une réévaluation extraordinaire et passagère. Huit des neuf indicateurs financiers importants issus de la nouvelle norme comptable MCH2 présentés dans la partie 7 du rapport, dès la page 61, se sont améliorés. Et cela que ce soit pour le compte global ou le compte général. Vous pensez peut-être que la situation financière de Bienne reste grave malgré l'amélioration de la quasi-totalité des indicateurs financiers et l'augmentation des recettes fiscales. Ce serait possible, mais détrompez-vous. Je vous invite pour cela à relire la page 62 du rapport sur les 9 indicateurs du compte global. Si on regarde les couleurs, 5 sont au vert, 3 en jaune et un seul est qualifié d'alarmant ou mauvais avec une couleur rouge. Et vous savez lequel c'est ? Si vous avez lu le rapport, je pense que oui, il ne s'agit pas de la dette, ni du taux d'endettement, mais du taux d'investissement. Et c'est peut-être le seul point où nous sommes d'accord avec M. Bord, il faut investir plus. Je le redis, car c'est important, le seul indicateur financier mauvais, celui qui nécessite action urgente de notre ville, ce n'est plus l'endettement, mais le taux d'investissement, car celui-ci est dangereusement bas et risque de nécessiter des réparations et des interventions en urgence très coûteuses sur les bâtiments de la ville, par exemple.

En tant qu'économiste, il me faut rappeler ici ce que sont les indicateurs du MCH2 et pourquoi il est essentiel de les prendre au sérieux. En statistique, un indicateur est une mesure qui permet de quantifier un concept, une réalité. Il indique une information. Les indicateurs existent pour synthétiser des informations importantes et les rendre lisibles et compréhensibles. Dans le cadre des normes comptables du MCH2, les indicateurs financiers ont été définis par des spécialistes pour permettre au public et aux responsables politiques, que nous sommes tous ici, d'avoir une vue d'ensemble sur la santé financière d'une collectivité publique, sous plusieurs aspects, sans être perdus dans les détails de la comptabilité et de sa complexité. Bien sûr, il faut les prendre dans leur ensemble et voir leur évolution. Et c'est exactement ce que je vous propose. La caution d'endettement net, entre 2022 et 2023, baisse de 52% à 31%. Pour le degré d'autofinancement, on passe de 75% à 231%, en raison de la réévaluation, certes, mais

comme indiqué juste avant, même sans cet effet spécial, on passerait à 88%, une amélioration notable. La quotité de la charge des intérêts baisse aussi, en passant de 1,68% à 1,63%. La dette brute par rapport aux revenus baisse aussi. On passe de 170% à 145%. Très bonne nouvelle, car cette amélioration notable ne prend même pas en compte l'augmentation rapide des réserves. La quotité d'investissement augmente de 8,36% à 8,76%. C'est une très faible amélioration. Il faudra investir plus à l'avenir, mais c'est une amélioration quand même. La quotité de la charge financière est l'indicateur qui se détériore un peu en passant de 7,5% à 7,9%. Les normes du MCH2 considèrent ça comme acceptable.

L'endettement net en francs par habitant est peut-être la statistique la plus importante que j'ai envie de citer devant vous. On passe de 1 609 francs de dette par habitant à Bienne en 2022 à 1 000 francs par habitant en 2023, tout rond. Même si on lit encore trop souvent dans la presse locale qu'à Bienne, la dette augmente, cela n'est vrai qu'en chiffre absolu, c'est-à-dire de la dette brute qui ne prend pas en compte l'augmentation du nombre d'habitants et l'augmentation des réserves de préfinancement. Donc la prochaine fois, si vous parlez de la dette à Bienne, n'hésitez pas à annoncer la bonne nouvelle. La dette par habitant diminue. Pour la quotité d'autofinancement, nous passons de 5,7% à 15,97%, ce qui correspond à un taux considéré comme moyen, selon les normes du MCH2, toujours, contrairement à l'erreur qui s'est glissée dans le rapport et qualifie ce montant de très bas. Je remercie la direction des finances pour avoir reconnu son erreur à la suite de ma question et pour la modification du commentaire y-relatif en page 63. Pour la quotité de la charge d'intérêt net, là encore, avec une charge encore plus négative, passant de -6,15 à -45, on comprend que la situation est plus que réjouissante. La ville récolte beaucoup plus d'intérêts qu'elle n'en paye. Enfin, la dernière et ultime statistique financière, les capitaux propres déterminants par habitant. Ceux-ci continuent à rapidement augmenter, passant de 6 426 francs en 2022 à 7 212 francs en 2023. Vous vous demandez peut-être comment est-ce possible que la dette brute augmente quand même, alors que les capitaux propres par habitant détenus par la ville augmentent rapidement. La réponse est simple. Elle se trouve en page 51 du rapport de gestion 2023, également à l'ordre du jour. Entre 2018 et 2023, la Ville a triplé ses réserves de préfinancement qui font partie de ses capitaux propres. Elles sont passées de 103,8 millions en 2018 à 315 millions en 2023, voire 328 millions si on prend les chiffres du rapport 2023. Les réserves de préfinancement augmentent plus rapidement que la dette, ce qui est une bonne nouvelle.

Donc pour résumer, l'endettement net de notre ville continue à baisser. Les recettes fiscales des personnes physiques augmentent de manière durable en raison de l'arrivée de centaines de nouveaux bons contribuables. Les comptes ont été encore une fois bien en dessous des prévisions budgétaires. Et comme la direction des finances l'indique dans sa réponse à ma question: « In den vergangenen Jahren haben die Zuweisungen in die Vorfinanzierung stark zugenommen ». Et c'est peut-être là le cœur du problème et de l'opacité que vous critiquez, M. Bord, sur l'état des finances à Bienne. Le groupe PSR, après cette évolution positive et inattendue, demande que cette situation financière nouvelle pour notre ville soit prise en compte dans le budget 2025 et la stratégie financière de la ville. Au vu du seul indicateur financier réellement mauvais, le groupe PSR demande également au Conseil municipal de tirer les conséquences et que le plafond d'investissement soit levé ou au minimum réévalué à la hausse. Le groupe PSR recommande d'approuver ces comptes.

Schlup Nina, JUSO: Ich wende mich an die bürgerlichen Stadtratsmitglieder. Es ist unglaublich! Die Rechnung schliesst, wie jedes Jahr, besser ab als budgetiert. Wie jedes Jahr wird wieder Zeter und Mordio geschrien und vor der «ach so schlimmen»

Zukunft gewarnt. Ich gehe davon aus, dass diese pessimistische Stimmung ein Geheimplan ist, den Sie sich überlegt haben, um möglichst viele städtische Aufgaben an die Privatwirtschaft übergeben zu können. Ein erster Schritt dazu scheint zu sein, dass Sie immer, wenn es um Geld geht von der Apokalypse sprechen. Alles Negative wird aufgebauscht und in den Medien gebetsartig wiederholt. Über unser Vermögen wird kein Wort verloren. Von den Einnahmen wird nur geredet, wenn es darum geht, eine Steuererhöhung zu bekämpfen. Ausgaben jedoch haben wir gemäss Ihnen viel zu viele. In einem zweiten Schritt lautet Ihr Plan streichen und sparen. Sie wollen den Service public, Investitionen und innovative Projekte streichen. Der Grund dafür ist nicht, Geld zu sparen oder unnötige Ausgaben zu verhindern, sondern Angstmacherei. Damit wird die Solidarität der Bieler Bevölkerung ausgenutzt. Sie wird manipuliert, gegen die eigenen Interessen zu stimmen. Ein Projekt wird einfach so lange kaputtgespart, bis argumentiert werden kann, in der öffentlichen Hand sei dies nicht zu belassen, man müsse es privatisieren, dies sei notwendig. Und so kommt es am Schluss zu Schritt drei, der Profitorientierung und Privatwirtschaft. Alle gestrichenen städtischen Angebote werden von der Privatwirtschaft übernommen, damit sich einige wenige die Taschen füllen können, während die Allgemeinheit für Dienstleistungen bezahlt, die vorher der Service public erfüllt hat.

Zumstein Joël, SVP: Die Kolleginnen und Kollegen der Ratslinken haben den Champagner wohl bereits kaltgestellt. Schulden sind für sie nicht so tragisch, nicht wahr Herr Roquet und Herr Koller. Wir machen ja einen riesigen Jahresgewinn mit CHF 48,5 Mio. Die bürgerliche Haltung, die Risiken aufzeigt und den Mahnfinger hebt, wird lächerlich gemacht, toll! Ich biete hier aber noch eine andere Perspektive und relativiere den grandiosen Jahresgewinn ein wenig. CHF 48,5 Mio. operatives Ergebnis erwähnte Herr Koller vorhin. Ja, das ist richtig, diese Zahl hat jedoch null Aussagekraft. Die einmalige Aufwertung der Baurechte von CHF 57 Mio. ist trügerisch. Diese wird in den Finanzerträgen gutgeschrieben, dort wo wir CHF 80 Mio. über Budget sind. Ausgeglichen wird sie aber in den ausserordentlichen Aufwänden. Dazwischen liegt das operative Ergebnis mit CHF 48,5 Mio. Wenn wir die CHF 57 Mio. abziehen, sind wir in der Verlustzone. Stellen Sie also den Champagner noch ein wenig zurück und nehmen Sie die Finanzstrategie ernst. Sobald diese greift, trinken wir sehr gerne rechts und links alle miteinander ein Glas.

Koller Levin, SP: Einverstanden, Herr Zumstein, die Aufwertungsgewinne von CHF 57 Mio. spielen eine Rolle und sind ein einmaliger Effekt. Wenn wir alle einmaligen Effekte wegrechnen, dann bleiben am Schluss nicht CHF 50 Mio., sondern ein tieferer Gewinn, aber kein Verlust und das ist entscheidend. Die Aufwertungsgewinne aus den Baurechten füllen unsere Kassen. In den schlechten Jahren waren wir darauf angewiesen, um unser Budget auszugleichen. Jetzt sind wir in der komfortablen Situation, dass wir in der vorliegenden Jahresrechnung CHF 67 Mio. in die Spezialfinanzierung einlegen können. Das ist Geld, welches uns in konjunkturell schlechten Zeiten wieder zur Verfügung steht. Der Stadtrat stellt fest, dass es uns finanziell deutlich besser geht als erwartet. Was nicht bedeutet, dass wir einfach Geld verschleudern können. Wir müssen weiterhin haushälterisch mit unseren Finanzen umgehen und ihnen Sorge tragen. Jedoch ist es wichtig, jetzt mehr zu investieren, damit wir die positive Entwicklung unserer Stadt vorantreiben können, denn diese positive Entwicklung dürfen wir nicht mit dem Sparhammer abbremsen. Und die zweite wichtige Erkenntnis aus dieser Jahresrechnung ist, dass wir uns auf die Prognosen der Finanzdirektion, die seit Jahrzehnten bürgerlich geführt wird, nicht verlassen können. Mit Ausnahme der Corona-Jahre waren es immer dieselben schlechten Prognosen für das Budget und gute Abschlüsse in

der Rechnung. So kann es nicht weitergehen. Die Fraktion SP/JUSO erwartet vom Finanzdirektor realistische Prognosen und keine ideologisch gefärbten Horrorszenarien. Ansonsten kann das Parlament keine gute und konstruktive Finanzpolitik im Interesse der Stadt beschliessen. Es ist deshalb wichtig, dass wir gut informiert sind.

Suter Daniel, PRR: Il y a comme une certaine confusion quand on entend « mettre cet argent de côté » ou « utiliser cet argent quand on en aura besoin ». Exceptionnellement, le bouclement est effectivement tout à fait positif avec un revenu fiscal extraordinaire et quand même un résultat opérationnel de -36 millions. Malgré un revenu fiscal extraordinaire, nous avons une perte de 36 millions. Ensuite, dans les comptes arrivent les revenus financiers, charges et revenus financiers, plus après encore les revenus et charges extraordinaires. Nous avons des revenus financiers, d'une année à l'autre, de +80 millions, avec une perte opérationnelle de 36 millions. Et ces 80 millions, détrompez-vous, ce n'est pas de l'argent. C'est une réévaluation des choses que nous avons. Nous n'avons pas plus qu'il y a un an, mais ce que nous avons est valorisé autrement. Ce qui coûte d'ailleurs après aussi un petit peu en termes d'impôts et d'émoluments, de crédits supplémentaires comme nous l'avons appris tout à l'heure de la part de la direction des finances. D'ailleurs, si c'est une adaptation à l'augmentation des taux d'intérêts qui a eu lieu ces derniers mois, il est plutôt question maintenant d'une baisse des taux d'intérêt.

Donc, si l'année prochaine, les intérêts baissent, il y aura peut-être une réévaluation vers le bas. C'est tout à fait possible, on ne le sait pas. Ce n'est pas de l'argent, ce sont des valeurs. Il y a un endroit où l'argent est tangible, c'est le flux de trésorerie. Personne n'a parlé du flux de la trésorerie. Il nous manque 4 millions de francs. Les dettes en 2023 augmentent de 4 millions de francs. Avec tout ça, il nous faut encore du capital pour payer ce que nous avons. Concernant l'indicateur financier du taux d'investissement, notre taux d'investissement est relativement bas parce que nous dépensons beaucoup en consommation. C'est une relation entre consommation et investissement. Le plus vous dépensez pour l'aide sociale, le plus vous devez investir pour avoir un bon taux. D'où l'expression en résumé « économiser pour investir ». Thèse que la gauche a contestée dans la stratégie financière. Ce n'est pas plus compliqué que ça. Économiser pour investir. On ne sera jamais d'accord sur la lecture de ces comptes.

Sutter Andreas, FDP: Ich wiederhole fast die gleichen Aussagen meines Vorredners, nur halte ich mich kürzer. (*Gelächter*) Um den Betrieb der Stadtverwaltung zu finanzieren, benötigen wir Bilanzgewinne. Die Bilanzgewinne, die wir in der Jahresrechnung ausweisen, einerseits CHF 57 Mio., andererseits aber seit Jahren auch die Aufwertung der Ausgliederung des ESB (Energie Service Biel/Bienne), brauchen wir, um unseren Konsum zu finanzieren, und das ist der grosse Fehler. Wir sollten diese Aufwertungen einsetzen, um die Investitionen zu finanzieren, wenn wir die Verschuldung nicht erhöhen wollen. Beides können wir nicht tun, sonst haben wir ein massives Defizit in der Grössenordnung von CHF 30 bis 40 Mio., wie vorhin von Herrn Suter angesprochen. Wenn wir investieren, fallen mittelfristig Amortisationen an, um die Werterhaltung zu garantieren. Wir sollten unsere Bilanzgewinnen nicht verbrauchen, um den Konsum zu finanzieren, sondern um zu reinvestieren. Und noch dann müssen wir Geld aufnehmen.

Rüber Stefan, Grüne: Vielleicht interpretieren wir gewisse Zahlen tatsächlich unterschiedlich. Es gab CHF 4 Mio. an Neuverschuldung, prognostiziert wurde aber etwa das Zehnfache davon. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass dies grundsätzlich positiv ist. Der Selbstfinanzierungsgrad ist tatsächlich gestiegen, auch ohne die Sondereffekte. Auch dieses Ergebnis muss in Ihrem Sinne sein. Also denke ich, diese positive

Evaluation ist nicht nur einfach Wunschdenken, sondern eine Darstellung der Sachlage im Vergleich über die Jahre hinweg.

Roquet Hervé, PSR: Je me dois de réagir, peut-être préciser deux, trois choses. Pourquoi on a besoin de dette pour investir et pourquoi il ne faut pas économiser et attendre d'avoir le montant dans ses comptes pour pouvoir enfin investir ? C'est assez simple, c'est la théorie économique de base, mainstream, même pas de gauche, M. Suter. C'est parce que les investissements servent le futur, servent les personnes, servent les générations futures et il est normal de s'endetter pour des services qui vont servir sur le futur. Et je suis d'accord sur le point qu'on ne doit pas financer les charges courantes avec de la dette. Et je suis d'accord avec M. Sutter sur ce point-là. Vous avez raison. Mais en l'occurrence, ce n'est pas la situation actuelle de la ville de Bienne. Ensuite, sur le point selon lequel ce serait de l'argent qui n'existerait pas, ou qui serait juste comptable, je m'excuse de devoir peut-être expliquer une base du fonctionnement du système économique actuel. Vous savez que les banques privées fonctionnent avec de la monnaie scriptuaire. Vous savez que la masse monétaire cash n'est pas la seule qui compte, que la masse monétaire créée de manière comptable, la monnaie scriptuaire est la base de notre système économique. Il est normal qu'elle soit prise en compte pour les finances publiques également.

Et c'est pour ça que cet argent doit être comptabilisé. Donc oui, la dette brute augmente. Et vous avez raison. En l'occurrence, les réserves augmentent encore plus rapidement. Ce qui fait qu'il n'y a absolument pas à s'inquiéter. Et le dernier point que je voulais préciser, la ville de Bienne croît, il y a de plus en plus d'habitants qui arrivent ici. J'espère bien qu'on s'endette un petit peu pour pouvoir accueillir ces nouveaux habitants et améliorer nos infrastructures. C'est la même chose si vous pensez à une entreprise qui s'agrandit ou une maison qu'on veut agrandir. C'est normal de devoir s'endetter pour augmenter la qualité ou créer une autre usine de production ou créer une nouvelle pièce ou annexe à votre maison. C'est la même chose que fait la Ville de Bienne. Il est normal qu'elle s'endette un petit peu de manière linéaire et qu'elle continue à le faire. Et j'espère qu'elle continuera à le faire vu sa croissance.

Suter Daniel, PRR: J'ai oublié de mentionner une formule tout à l'heure qui pourrait peut-être nous mettre d'accord. Bienne est une ville riche, mais nous n'avons pas d'argent. C'est ça.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Es ist ein jährlich wiederkehrendes Ritual im Stadtrat. Eigentlich könnten wir die Voten heute Abend auf Band aufnehmen, im nächsten Jahr abspielen und stattdessen zusammen etwas essen gehen. Ich erlaube mir deshalb, Ihnen eine andere Sichtweise zu vermitteln.

Jedes Jahr werden die entsprechenden Kennzahlen jeweils unterschiedlich bewertet. Der Gemeinderat kann diese Diskussion gut nachvollziehen. Deshalb wurde in der Finanzstrategie ein grosser Schwerpunkt auf die Selbstfinanzierung gelegt. Abschlüsse können mit einer einzigen Buchung in die eine oder andere Richtung gelenkt werden. Was den Gemeinderat interessiert ist, wie sich die Liquidität verändert. 2023 haben wir uns mit CHF 4,9 Mio. zusätzlich verschuldet. Der Gemeinderat hat vorausgesagt, dass die Schulden um CHF 45 Mio. zunehmen werden. Nun haben wir eine positive Differenz von rund CHF 40 Mio.

Auf Seite 20 des Jahresberichts sehen Sie die Investitionsrechnung. Geplant waren 2023 Investitionen von CHF 80 Mio. Davon wurden CHF 39 Mio. effektiv getätigt. Die Differenz ergibt rund CHF 40 Mio. Die Umsetzung aller geplanten Investitionen hätte

eine Punktlandung ergeben. Vorhin wurde gesagt, dass die Investitionsplanung eine Panikplanung des Finanzdirektors wäre. Kein anderes Geschäft wird so intensiv gemeinsam im Gemeinderat diskutiert wie die Investitionsplanung. Keineswegs entscheidet der Finanzdirektor alleine darüber.

Ich komme auf die steuerliche Situation zu sprechen. Sie haben mehrmals erwähnt, dass der Steuerertrag rund CHF 16 Mio. höher ausfiel als budgetiert. In der Tat ist dieses Ergebnis erfreulich. Ich weise darauf hin, dass die Bestimmungen zur OECD-Mindestbesteuerung in der Schweiz per 1. Januar 2024 in Kraft getreten sind. Dies führte dazu, dass viele Unternehmen 2022 und 2023 sogenannte «Gewinnvorwegnahmen» verbucht haben. Sie haben stille Reserven aufgelöst, weil sie diese noch zu einem vorteilhaften Steuersatz versteuern konnten. Überall in der Schweiz führte dies zu einem höheren Steuerertrag. Wie hoch die Auswirkung dieses Effekts genau ist, können auch die Experten nicht sagen. Wir wissen aber, dass ab 2024 diese Dynamik nicht mehr greifen wird. Heute kann niemand sagen, ob und um wieviel die Steuereinnahmen zusammenbrechen. Wir können uns dabei auf keine Erfahrungswerte beziehen. Der Abteilungsleiter Finanzen und Steuern hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass für die von der OECD-Mindestbesteuerung betroffenen Firmen die Veranlagungsfrist für die Jahre 2024 bis 2025 verlängert wird. Den Steuerertrag abzuschätzen, bleibt also über die nächsten Jahre komplex.

Der Gemeinderat hat aufgrund des vorliegenden Ergebnisses eingehend darüber diskutiert, was dies für die kommenden Jahre bedeutet. Er beabsichtigt, im Herbst 2024 einen Finanzplan vorzulegen, welcher so nah wie möglich an der Realität ist.

Sitzungsunterbruch: 20.05 Uhr - 21.05 Uhr

7. 20240051 Jahresrechnung 2023 (Bericht / Zahlenteil) (Fortsetzung)

Präsidialdirektion

Keine Wortmeldung.

Finanzdirektion

Keine Wortmeldung.

Direktion Soziales und Sicherheit

Keine Wortmeldung.

Direktion Bildung, Kultur und Sport

Keine Wortmeldung.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

Suter Daniel, au nom de la Commission de gestion: Il n'y a rien de particulier à dire ou à redire concernant les comptes de la TEE qui bouclent l'exercice 2023 avec un résultat total négatif de 9,93 millions, soit 450 000 francs ou environ 5% supérieur aux comptes 2022 et 1,29 millions de plus qu'au budget. Ces différences sont manifestement en lien avec les crédits supplémentaires d'environ 1,8 millions accordés tout à l'heure essentiellement pour des travaux d'entretien d'infrastructures et de véhicules. S'y ajoutent l'augmentation des amortissements d'environ 1,5 million d'une année à l'autre et un budget très optimiste de revenus de taxes de 6,27 millions, budget manqué de 1,8 million. Dans cette direction, l'intérêt de la Commission de gestion s'est notamment porté sur le compte spécial eaux usées, avec un résultat total bénéficiaire de plus de 2 millions en 2023, bénéfice qui s'ajoute à celui de 1,6 millions obtenu en 2022, pour des fonds propres dans ce compte, y compris le fonds maintien de la valeur prescrit par le canton de plus de 24 millions. Ce financement étant régi par le principe de la couverture des charges, se posait dans ces conditions la question d'une éventuelle adaptation des taxes vers le bas. Question posée à la directrice concernée qui nous apprend que le service concerné a effectivement mandaté une expertise externe pour établir un pronostic à moyen et long terme afin de vérifier sous cet aspect le compte de résultat, des mesures avec des effets financiers concrets étant prévus pour 2025. Affaire à suivre donc.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich komplettiere, was Herr Suter gesagt hat. Es ist richtig, dass wir die erwähnte Studie durchgeführt haben. Die ARA erhöht die Gebühren, weil es grosse Investitionen geben wird. Die Kosten für den Erweiterungsbau der ARA werden entsprechend auf die Gemeinden zurückfallen. Unseren Beitrag müssen wir über die Sonderrechnung decken. Zudem werden wir prüfen, ob die Gebühren angepasst werden müssen oder nicht.

Sonderrechnungen

Keine Wortmeldung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst mit einer grossen Mehrheit**, nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 20. März 2024 betreffend Jahresrechnung 2023 gestützt auf Artikel 40 Absatz 1 Ziffer 4 Buchstabe b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.01-1):

1. Er genehmigt die Jahresrechnung 2023.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt.

8. 20240151 Leistungsvertrag mit dem Verein Volkshochschule 2024 bis 2026 / Verpflichtungskredit

Tanner Anna, GPK: Uns liegt der Leistungsvertrag für die nächsten drei Jahre vor. Dieser wurde auf der Grundlage eines bereinigten Leistungskatalogs der Volkshochschule (VHS) erarbeitet. Neu werden neben den ursprünglichen Kursen in der allgemeinen Erwachsenenbildung Vergünstigungen für Bielerinnen und Bieler in nicht so guten finanziellen Verhältnissen angeboten. Es hat sich herausgestellt, dass vor allem die niederschweligen Elternbildungskurse sehr gut laufen und auch nötig sind. Diese sollen deshalb auch weiter ausgebaut werden. Der vorliegende Leistungsvertrag setzt dort den Schwerpunkt. Während die Eltern einen Kurs besuchen, werden die Kinder betreut. Die Eltern erhalten auch eine Beratung für weitere Angebote.

Das Ganze in Zahlen bedeutet einen Verpflichtungskredit von CHF 420'000. Einige GPK-Mitglieder waren durch einen Interessenkonflikt befangen, weil sie Mitglied des Vorstands der VHS sind, haben das aber transparent gemacht. Die GPK empfiehlt das Geschäft zur Annahme.

Cacciabue Anna Louise, au nom du Groupe PS/JS: Je crois ou j'espère qu'on est tous d'accord que l'Université populaire rend un service public indispensable. Il est fondamental pour une ville que sa population aie les moyens de se former, de s'intégrer, de poursuivre ses intérêts ou d'apprendre de nouvelles choses. Comme il n'y a plus d'alternative comme l'école-club Migros, c'est à la Ville de compenser, à mon avis.

Die Summe ist nicht sehr schmerzhaft und das Mindeste, was wir für die VHS tun können. Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Unsere Fraktion wird diesem Geschäft nicht zustimmen. Wir sind zwar auch für die Integrationssprachkurse und die individuelle Elternbildung, uns scheint aber der Betrag von CHF 420'000 recht hoch. Wir sind der Meinung, die Angebote sollten ein Selbstläufer sein oder wenigstens mit einem tieferen Betrag subventioniert werden. Die Stadt Biel unterstützt bereits andere Institutionen mit ähnlichen oder gleichen Angeboten; vor allem Multimundo macht genau das Gleiche. Deshalb werden wir dieses Geschäft nicht unterstützen.

Kilezi Ruth, au nom du Groupe PSR: Au nom du groupe parlementaire PSR, je remercie le Conseil municipal pour son rapport que nous avons lu avec attention. Je salue également l'initiative du Conseil municipal qui, en concluant des contrats de prestations avec des institutions promouvant la formation pour adultes, démontre son engagement en faveur de la formation continue. Nous invitons donc le Conseil de ville à approuver ce crédit d'engagement pour une raison à la fois simple et évidente. Chaque personne résidant en Suisse doit pouvoir bénéficier d'une formation indépendamment de son statut social ou de son âge. La formation continue doit être accessible à chaque individu qui dispose de moyens financiers importants ou modestes. Investir dans la formation tout au long de sa carrière ou de sa vie, c'est assurer la pérennité de son employabilité et rendre plus aisée toute transition professionnelle, qu'il s'agisse d'évolution ou de reconversion. Et une citation aspirante nous rappelle que « l'apprentissage est un trésor qui suivra son propriétaire partout ».

Schiess Christophe, au nom du Groupe Alliance Verte: Oui, notre groupe parlementaire va soutenir ce crédit. L'essentiel a déjà été dit, il s'agit de formation d'adultes. La « Selbstermächtigung », je n'ai pas vraiment d'équivalent en français, c'est rendre les personnes plus autonomes, plus responsables, plus fortes, par elles-mêmes, en suivant une formation. C'est très important, Ruth Kilezi l'a dit, par exemple, dans des cours de langue, des cours d'informatique, ça permet à ces personnes-là d'avoir de meilleures chances de trouver un emploi ou un meilleur emploi. Donc c'est bien pour la personne, mais c'est aussi bien pour la société. Ça, c'est une offre de cette université populaire. Après, si on regarde le catalogue des formations continues générales, on voit qu'il y a des choses qui peuvent peut-être nous échapper. Moi, je ne suis pas forcément un partisan de la « Wohlfühl-Branche ». Toujours est-il qu'une personne qui suit un cours de yoga, qui fait du sport, qui fait de la cuisine sur feu dans la forêt, pour citer quelques cours de l'université populaire, elle fait quelque chose de bien pour elle au niveau de la prévention. Ça peut aussi être bénéfique pour elle, mais aussi bénéfique pour la société.

Donc voilà, il y a de très bonnes raisons d'accepter ça. J'ai quand même un tout petit peu de peine quand je pense à ce qui a été dit il y a deux ou trois mois de ce côté-ci par rapport à l'école de la Champagne. On a entendu certains principes par rapport à l'école obligatoire. Je me suis dit, bon, voilà, c'est comme ça, c'est l'UDC. J'ai aussi lu le papier « Formation, recherche, innovation » du programme de l'UDC national. Je vois aussi comment percolent finalement ces idées. Et puis maintenant, je me suis dit, enfin, on a un Geschäft qui commence avec un V, VHS, Volkshochschule. C'est le même V que le V de SVP. Je me suis dit, il s'agit du même V. Ils vont approuver avec enthousiasme un tel programme ! Eh bien non, pas non plus. Alors vous dites, ok, c'est bien, mais pas comme ça. L'école, c'est bien, mais pas comme ça. J'ai des fois l'impression qu'en termes de formation, la seule école que vous soutenez, c'est l'école à la maison, c'est l'école privée. Puis ça, ce n'est pas du tout notre vision.

Suter Daniel, PRR: Mme Tanner, comme rapporteuse de la Commission de gestion l'a dit, nous sommes trois membres de la commission de gestion qui sont en même temps membres du comité de l'université populaire. Nous nous sommes abstenus, parce qu'il y a un motif de récusation en commission que nous avons respecté. Au Conseil de ville, la récusation ne s'applique pas, donc je suis libre, en tant que président, de venir défendre les intérêts de cette institution. Qui ne connaît pas notre université populaire, institution bilingue de formation continue dans la région Bienne-Lyss avec son offre de cours dont la plupart d'entre nous avons probablement déjà profité une fois ou l'autre dans notre vie, tellement cette offre est riche et variée. En termes de formation générale, développement personnel, la santé et le bien-être, la philosophie, les sciences, la cuisine et les dégustations, mais aussi les compétences professionnelles et les langues bien sûr. Tout cela faisant partie du domaine d'activité traditionnelle de l'université populaire pour lequel elle est au bénéfice d'un contrat de prestation avec la Ville de Bienne, on peut dire, depuis toujours, dans l'objectif d'offrir à la population une plateforme d'échange entre personnes qui ont un savoir-faire à partager et d'autres qui veulent en profiter. S'y ajoute la collaboration avec des organisations partenaires locales et la formation de parents.

C'est dans ce dernier domaine que le nouveau contrat de prestation apporte une nouveauté par rapport au précédent, dans la mesure où il précise le mandat de l'UP pour des conseils et l'encadrement à bas seuil de parents issus de la migration. A ce sujet, il faut savoir que depuis quelques années, l'activité traditionnelle de l'UP a été rejointe, et même largement dépassée au plan quantitatif, par les cours de langue dispensés aux migrantes et migrants sur mandat du canton. Je me réfère à cet égard au rapport

annuel 2023 qui vous est récemment parvenu. D'où le contact privilégié que nous avons avec cette population dont les enfants fréquentent la garderie organisée par l'UP, tandis que leurs parents suivent les cours de langue. Occasion d'entrer en contact, d'encadrer et de proposer les mesures idoines là où elles sont utiles et possibles. Je me réfère au chiffre 2.1 alinéa 1er, lettres C et D du contrat proposé. En cela, l'UP Bienne-Lyss est devenue une actrice importante dans le domaine de l'intégration des migrantes et migrants dans notre région, tâche entre-temps devenue primordiale. Ainsi, le contenu du contrat de prestation qui vous est proposé répond aux attentes de la direction et du comité de l'UP Région Bienne-Lyss dans la mesure où il reconduit le montant annuel accordé par le passé, tout en précisant la notion de formation de parents par ce nouvel aspect de l'encadrement des enfants issus de la migration. Nous sommes reconnaissants à la Ville de Bienne, à la direction FCS et notamment aux responsables du département Générations & Quartiers pour cette issue, et sommes confiants que le contenu de ce nouveau contrat sera gérable grâce au personnel de l'UP, que je profite en toute officialité de remercier pour la qualité de son travail.

Cacciabue Anna Louise, JS: Die VHS macht viel mehr als nur Integrationskurse. Zudem braucht eine Stadt wie Biel mehr als nur ein Angebot für Integrationskurse. Vielleicht, Herr Rindlisbacher, können Sie sich aber für einen zweitägigen-Workshop «Bushcraft- und Survival» begeistern. Er findet vom 2. bis zum 3. November 2024 statt. Ou alors, si c'est un peu trop dur, peut être plutôt un cours de massage? Car vous m'avez l'air un petit peu tendu (rires dans la salle).

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je ne fais pas ici l'apologie des cours de massage de l'université populaire, mais merci de les avoir mentionnés. Pour nous, c'est vraiment ce qu'a mentionné M. Suter. Ce qui est important, c'est que l'université populaire s'intègre dans un réseau d'institutions. M. Rindlisbacher, ce n'est pas un soutien exclusif à l'université populaire. D'autres institutions, dont celle que vous avez mentionnée, Multimondo, bénéficient également d'un soutien et d'un contrat de prestation avec la Ville de Bienne par le biais de la direction ASS. Donc ce n'est pas une exclusivité pour l'université populaire. Et c'est vrai que 420 000 francs, ça paraît beaucoup, mais c'est un montant global pour 3 ans, le montant annuel s'élevant à 140 000 francs. L'université populaire s'inscrit vraiment dans un réseau institutionnel parce que ces institutions sont complémentaires entre elles. Elles ont toutes leur angle d'approche et nous, cette année, pour cette période qui vient, on s'attache à soutenir l'université populaire pour qu'elle nous offre des prestations en matière notamment d'encouragement précoce, de cours à bas niveau pour des parents à des fins d'intégration, mais aussi des formations, justement accessibles financièrement. Et ça, c'est grâce au soutien que la Ville de Bienne offre à l'université populaire que ça peut être réalisé. Et cela permet de construire des parcours individuels de personnes. Mais ça va dans le sens de ce que disait M. Schiess tout à l'heure concernant « l'empowerment ». Et ça contribue à ça, ce qui veut dire que ça a un effet multiplicateur non pas sur le seul membre de la famille qui suit le cours, mais sur l'ensemble de la cellule familiale, y compris les enfants. Donc voilà, je vous remercie de suivre le Conseil municipal sur la proposition de ce contrat de prestation sur trois ans au bénéfice de l'Université populaire.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 22.05.2024, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst mit einer grossen Mehrheit:**

1. Der Verpflichtungskredit Nr. 363600023.442 für die Abgeltung der Leistungen des Vereins Volkshochschule über CHF 420'000 und der entsprechende Leistungsvertrag für die Jahre 2024 bis 2026 werden genehmigt.
2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

9. 20240142 Ersatzbeschaffung von fünf Kehrrichtfahrzeugen / Verpflichtungskredit

Lehmann Caroline, GPK: Ungefähr 2021 wurden fünf der dieselbetriebenen Kehrrichtfahrzeuge der Stadt Biel durch Elektrofahrzeuge ersetzt, weil ihr technisches Lebensalter erreicht war. Heute steht nun der zweite Teil des Ersatzes der Flotte an. Er besteht aus drei weiteren Fahrzeugen für den Sammeldienst und zwei Kehrrichtfahrzeugen mit Kran. Auch diese Fahrzeuge haben ihr Dienstalalter erreicht. Ein Teil der Fahrzeuge wurde in den letzten Jahren vollständig abgeschrieben und beim letzten Fahrzeug wird das im Jahr 2025 der Fall sein. Obwohl die Fahrzeuge natürlich noch länger im Einsatz bleiben könnten, hat ein Austausch mit anderen Gemeinden und Privaten sowie die Kostenberechnung ergeben, dass es zum heutigen Zeitpunkt unwirtschaftlicher wäre, die alten Fahrzeuge noch länger einzusetzen. Eine detaillierte Kostenaufstellung ist im Anhang des Berichts des Gemeinderats aufgelistet. Die GPK bedankt sich an dieser Stelle für die detaillierten Informationen.

Der Gemeinderat beantragt nun einen Verpflichtungskredit über CHF 4,7 Mio., um diese fünf Fahrzeuge zu ersetzen. Vier Fahrzeuge sollen, wie die bereits 2021 ersetzten fünf, mit Elektrofahrzeugen ausgewechselt werden, denn diese haben sich in den letzten Jahren mehr als bewährt. Der Energieverbrauch fällt im Vergleich zu dieselbetriebenen Fahrzeugen um ca. 75 % tiefer aus und die Lärmbelastung für die Bevölkerung und insbesondere für die Mitarbeitenden ist signifikant geringer. Das fünfte Kehrrichtfahrzeug soll gemäss Antrag nochmals durch ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor ersetzt werden. Der Grund dafür ist, dass elektrobetriebene Fahrzeuge nur in einer Breite von über 2,5 Metern produziert werden, was dem Akku und der benötigten Leistungsfähigkeit geschuldet ist. In der Stadt Biel gibt es jedoch einige Strassen, die mit diesen Fahrzeugen nicht bedient werden können, weil sie nicht breit genug sind. Gemäss der zuständigen Gemeinderätin und dem Leiter der Abteilung Infrastruktur sollte dieses eine dieselbetriebene Fahrzeug ausreichen, um die betroffenen Strassen zu bedienen.

Die GPK teilt die Ansicht des Gemeinderats. Es ist angebracht, weiterhin ein Dieselfahrzeug zu behalten, obwohl es natürlich schöner wäre, wenn nur Elektrofahrzeuge eingesetzt werden könnten. Wir sind uns auch einig darüber, dass der Ersatz der anderen vier Fahrzeuge jetzt sinnvoll ist und dabei auf Elektroantrieb zu wechseln. Die GPK empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die neuen Kehrlichfahrzeuge haben sich bewährt. Jetzt die gleichen Typen anzuschaffen, um auch Synergien nutzen zu können, ist deshalb sinnvoll. Dass ein Kehrlichfahrzeug kleiner als die anderen sein wird, ergibt auch wieder Sinn, denn dieses schmale Fahrzeug soll ja, wie wir vorhin gehört haben, bei engen Strassenverhältnissen eingesetzt werden. Da das schmalere Fahrzeug nicht in einer Elektrovariante verfügbar ist, können auch wir akzeptieren, dass es als einziges Gefährt mit einem Verbrennungsmotor ausgerüstet ist. Die Kosten von CHF 4,7 Mio. gehen zu Lasten der Sonderrechnung «Kehrlich». Die Fraktion SP/JUSO wird dem Kauf der fünf Fahrzeuge zustimmen.

Sprenger Titus, Fraktion Grünes Bündnis: Wir sind uns oft nicht bewusst, dass das Bild der sauberen Schweiz vor allem einer gut organisierten Abfall- und Abwasserbeseitigung geschuldet ist. Was geschieht, wenn es die Abfallbeseitigung nicht gibt, lässt sich in fernen Ländern verfolgen, welche sich ein solches System nicht leisten können. Die Situation, wie sie sich vor einigen Jahren in Neapel präsentierte, veranschaulicht eindrücklich die hohe Bedeutung eines gut funktionierenden Abfallwesens in einer, stark auf Konsum ausgerichteten Gesellschaft. Die Zutaten für ein gut funktionierendes Abfallwesen sind, einen Plan zu haben, zudem motivierte Mitarbeitende und über eine gebrauchsfähige Infrastruktur zu verfügen, um das Einsammeln und schliesslich halt das Verbrennen der Abfälle zu gewährleisten. Wir diskutieren heute somit nicht über eine Nebensache, sondern über eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen sauberen Lebensraum. Für die Fraktion Grünes Bündnis ist deshalb klar, dass wir das Geschäft unterstützen.

Dies gilt umso mehr, als vier der fünf Fahrzeuge einen weiteren wesentlichen Beitrag zur Dekarbonisierung unserer Mobilität leisten. Die Aufstellung der Investitionskosten lässt zwar auf den ersten Blick vermuten, dass die Elektrofahrzeuge teurer sind. Betrachtet über sämtliche Kosten kann jedoch, gestützt auf die bisherigen Erfahrungen, mit tieferen Betriebskosten von rund 55% gerechnet werden. Wem gesunde Finanzen wichtig sind, der kann diesem Geschäft deshalb mit gutem Gewissen zustimmen. Einzig der Kauf des fünften, schlankeren und dieselbetriebenen Fahrzeugs trübt die Freude. Notwendig ist es unter anderem, weil die Fahrzeuge immer breiter werden und Parkplätze nicht aufgehoben werden sollen. Der Gemeinderat hätte auch den mutigeren Weg einschlagen können, indem er an den fraglichen Stellen Parkfelder aufhebt. Schliesslich soll die Anzahl Oberflächenparkplätze ohnehin reduziert werden. Trotz diesem unerfreulichen Punkt, laden wir Sie ein, dem Geschäft ebenfalls zuzustimmen.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: La fraction UDC/Les Confédérés a pris acte de ce rapport du Conseil municipal. On l'a lu en détail. Je ne vous cache pas que, pour beaucoup de propos, nous sommes aussi d'accord avec vous. Nous avons besoin d'une ville propre, nous avons besoin d'une ville bien organisée, où il y a peu de bruit. On est toujours d'accord à ce niveau-là. La seule chose qu'on trouve quand même bizarre, c'est qu'à 650 000 kilomètres, on change un camion. Des camions qui ne sont pas très vieux, qui fonctionnent encore bien selon les informations qu'on reçoit. Et puis, tout camion sur la route fait en tout cas un million de kilomètres avant d'être remplacé. Donc, est-ce qu'il est nécessaire de faire ce changement tout de suite ? Qu'il faille une fois les remplacer, on est d'accord, mais tout de suite, pourquoi ? En plus, des véhicules électriques. Et là, je pense qu'on ne fait pas la part des choses. Que coûte un véhicule électrique ? Beaucoup plus qu'un autre, ça c'est la première chose. Mais que coûtent ces véhicules à long terme ? Que coûtent les accumulateurs quand il faudra les changer dans 5 ans ? Comment est-ce qu'on élimine ces accumulateurs ? Il n'y a pas de solution.

Les véhicules électriques, c'est un gros problème qu'on va donner aux générations futures. Et nous, on est très sceptiques sur la problématique des véhicules électriques. Et là, je vous parle en tant que connaisseur de camions électriques en termes de sécurité, je peux vous dire que si un camion électrique brûle, je vous déconseille d'être dans les 500 mètres autour. Sinon, vous mettez votre vie en danger. Donc, les camions électriques, sur le principe, ça a l'air beau, c'est sympa, ça ne fait pas de bruit, bon, c'est un peu plus large. Ma foi, c'est normal, le paquet d'accumulateur étant tellement grand qu'il n'est pas possible de faire ces camions moins larges. Maintenant, quant à dire que le véhicule électrique, c'est ce qu'il y a de plus propre par rapport à un camion diesel Euro 6. Je crois qu'on est sur le faux chemin. Les camions aux normes actuelles, sur la durée de la fabrication jusqu'à l'élimination, chose qu'on aime bien ne pas prendre en compte, je pense qu'ils sont beaucoup plus propres et nettement moins chers. Donc, est-ce qu'il y a besoin de changer ces camions tout de suite ? On n'en est pas certain. Bien au contraire, on pense qu'on pourrait encore les tirer un moment. Et puis est-ce qu'il est nécessaire de faire cet investissement à ce niveau-là avec des camions électriques, on est très dubitatifs là-dessus, raison pour laquelle notre fraction va refuser cet achat de remplacement actuel.

Eggli Roland, GLP: Wenn wir diesem Geschäft zustimmen, werden wir von den insgesamt zehn Fahrzeugen nur eines haben, das schmaler ist als zweieinhalb Meter. Beim Recherchieren zum vorliegenden Geschäft stiess ich auf einen Bericht der Stadt Bern, der eigentlich genau gleich ist wie der uns vorliegende. Aus dem Bericht der Stadt Bern geht hervor, dass sie die Fahrzeuge etwa zum selben Preis beschaffen konnten, wie wir. Auch die Eckdaten mit einer zukünftigen Einsparung von 70% sind identisch. Im Bericht der Stadt Bern steht, dass ihre Fahrzeuge zweieinhalb Meter breit sind, was wahrscheinlich etwas geschönt ist, denn hier in Biel messen sie 2,55 m ohne Aussenspiegel. Weshalb mache ich den Vergleich so detailliert? In der «Berner Zeitung» las ich einen Artikel zum Thema. Die Stadt Bern hebt 540 Parkplätze auf, im gesamten Stadtgebiet soll es bis zu 550 Aufhebungen geben, dazu kommen noch etwa 150 Parkplätze, die verschoben werden sollen. Der Abbau würde in den nächsten ein bis zwei Jahren erfolgen. Alle Aufhebungen werden laut Gemeinderat der Stadt Bern publiziert und sind anfechtbar. Ich selbst finde Elektrofahrzeuge richtig aber mich stört, dass praktisch alle Fahrzeuge 2,55 Meter breit sind. Ich kann nachvollziehen, dass Oberflächenparkplätze im Stadtzentrum aufgehoben werden sollen. Schliesslich stehen entsprechend Parkhäuser zur Verfügung. Wenn es aber um Parkfelder in kleinen Quartierstrassen geht, besteht die Gefahr, dass plötzlich Gärten umgestochen und dort Parkfelder geschaffen werden. Ich denke, hier muss vorsichtig und mit Augenmass vorgegangen werden, um zu verhindern, dass wir nicht plötzlich vor solchen Auswüchsen stehen wie in Bern.

Francescutto Luca, UDC: J'aurais peut-être dû poser la question par mail, mais le temps m'en a manqué. Alors je me permets de poser la question maintenant. Si vous ne pouvez pas répondre, ce n'est pas grave. Mon avis personnel, je pense que la voiture électrique, le système électrique, c'était un argument de vente qui n'a pas vraiment fait ses preuves. On le voit, les grands constructeurs font tous marche arrière. Les grands constructeurs comme Volkswagen ou Mercedes vont réinvestir des milliards dans les moteurs à combustion parce que l'électrique ne fonctionne pas comme ça devrait. Les normes 2030 sont refusées et repoussées par beaucoup de grands constructeurs aussi. Maintenant, je me pose la question. Je ne pense pas que ces camions sont fichus. Je pense qu'ils roulent encore. Pourquoi est-ce qu'on ne s'est pas dit qu'on pourrait peut-être attendre encore quelques années ? Il y a par exemple une entreprise dans le canton de Vaud qui s'appelle Green GT qui construit des piles à combustible.

Elle équipe aussi des camions. Vous avez déjà vu les camions Feldschlösschen à Bienne par exemple ou d'autres comme la Migros, la Coop qui changent les camions, qui mettent des piles à combustible dedans pour ne pas avoir justement ces véhicules électriques. Alors ma question est simple : Est-ce qu'on s'est posé la question pour d'autres alternatives que l'électrique ?

Müller Lukas, parteilos: Wir diskutieren eigentlich darüber, dass wir nachhaltiger werden wollen. Ich bitte Sie, sich einmal in die Lage der Bieler Bevölkerung zu versetzen. Viele EinwohnerInnen leben aufgrund der gestiegenen Mieten in sehr kleinen Häusern. Um den Abfall zu sortieren, bleibt einer Familie mit Kindern kaum mehr Platz. Jetzt geben wir fast CHF 5 Mio. für neue Fahrzeuge aus. Wenn Sie beispielsweise in Bözingen oder Mett zu einem Entsorgungshof gehen möchten, sind das fast zwei Kilometer Fussweg oder mit dem Bus etwa eine halbe Stunde. Wie wäre es, wenn Sie mit dem Betrag, den Sie jetzt investieren wollen, etwas Nachhaltiges machen, um gewisse Lärmemissionen und Abfälle zu vermeiden. Beispielsweise könnten in den erwähnten Quartieren neue kleine Sammelstellen eingerichtet werden? Dadurch würde schlussendlich mehr Abfall getrennt. Ausserdem ist die Dichte der öffentlichen Kehrichtkübel in der Stadt Biel im Vergleich zu anderen Städten sehr niedrig. Vor allem am Wochenende landet der Abfall dann halt in der Schuss. Ich finde, den Betrag würden wir besser in den Service public investieren. Mehr Abfallbehälter und die geordnete Abfalltrennung mit einem überarbeiteten Abfalltrennungswesen für die heutigen Bedürfnisse. Ich wünsche mir, dass dann nicht jeden Samstag ein abgebrochener Rückspiegel am parkierten Auto ersetzt werden muss.

Rüber Stefan, Grüne: Im vorliegenden Geschäft geht es um die Ersatzbeschaffung von Kehrichtfahrzeugen und nicht um Abfalltrennung, aber ich habe mir die Frage der Wirtschaftlichkeit auch gestellt. Ist der Ersatz heute wirklich schon nötig? Was bedeutet unwirtschaftlich? Sind nicht auch ökologische Kriterien zu berücksichtigen? Was mich schlussendlich aber überzeugt hat, ist, dass die Beschaffung nicht sofort gemacht wird, sondern zuerst die Ausschreibung durchgeführt wird, wenn ich es richtig verstanden habe. Wichtig ist, dass der Prozess früh genug lanciert wird, damit dann, wenn das Lebensende der Fahrzeuge näher rückt, diese ersetzt werden können.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Danke für die grundsätzlich gute Aufnahme für den Kauf der Abfallfahrzeuge. Ich möchte auf ein paar Punkte, die erwähnt wurden, eingehen. Wir ersetzen die Fahrzeuge jetzt aufgrund der Berechnungen des wirtschaftlich optimalen Ersatzzeitpunkts. Dieser ist, wie gesagt, vielleicht jetzt gerade noch nicht erreicht, aber die Lieferfristen sind sehr lang. Wir werden erst dann in die Ausschreibung gehen, wenn der Kredit genehmigt worden ist. Das heisst, es wird noch zwei Jahre dauern, bis man die Fahrzeuge dann effektiv auf den Strassen bewundern kann. Hinzu kommt der Punkt, dass die Fahrzeuge bereits heute relativ oft ausfallen. Wir haben die Müllwagen regelmässig immer wieder in der Garage. Dies insbesondere auch deshalb, weil sie im «Stop and go»-Betrieb gefahren werden. Dieser führt zu einer höheren Abnutzung insbesondere im Bereich der Bremsen. Es wird nicht günstiger, wenn die Fahrzeuge ständig repariert werden müssen.

Wir haben uns die Frage gestellt, wie viele Fahrzeuge wir ersetzen, respektive ob es für das kleinere Auto ein elektrisches Angebot gibt. Das ist nicht der Fall, wie im vorliegenden Bericht erläutert. Entsprechend den Vorgaben des Klimaschutzreglements (SGR 8.2-5) wollen wir Elektrofahrzeuge einsetzen. Wir haben die erste Hälfte der Flotte bereits ersetzt und eigentlich nur positive Erfahrungen gemacht. Einerseits zeigen Berechnungen, dass nach zwei Jahren Betriebszeit betreffend CO₂ gute Resultate

erzielt werden. Auf der anderen Seite haben wir sehr viele positive Rückmeldungen der Bevölkerung erhalten. Die Wagen sind wesentlich leiser. Auch aus Sicherheitsgründen, ist es für die Mitarbeitenden des Kehrrichtdienstes, die Belader, vorteilhaft, nicht mehr dem Lärm der Dieselfahrzeuge ausgesetzt zu sein. Hinzu kommt, dass sich das Abgasrohr der Dieselfahrzeuge auf der Höhe der Belader befindet.

Unsere Strategie ist es nicht, dass wir aufgrund der neuen Kehrrichtfahrzeuge Parkplätze aufheben. Unserer Meinung nach müssen Parkplatzaufhebungen im Rahmen von Verkehrsprojekten geschehen. Ausserdem können Parkplatzaufhebungen angefochten werden. Wir brauchen jedoch diese Fahrzeuge. Das heisst, es ist nicht sicher, ob Parkplätze in dieser Grössenordnung rechtzeitig bis zum Einsatz der Kehrrichtfahrzeuge aufgehoben wären, weil immer mit Einsparungen zu rechnen ist. Die schmalen Gässchen können mit dem kleineren Fahrzeug bedient werden. Wir haben sogar ein solch kleineres Fahrzeug von der Stadt Bern ausgelohnt und es funktioniert. Das heisst jedoch nicht, dass alle Routen bleiben wie sie heute sind. Ich danke Ihnen für die Annahme dieses Geschäfts.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 08.05.2024, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Art. 14 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst mit 38 JA- zu 8 NEIN-Stimmen und 0 Enthaltungen:**

1. Für die Ersatzbeschaffung von fünf Kehrrichtfahrzeugen wird ein Verpflichtungskredit von CHF 4'700'000 zulasten der Sonderrechnung Kehrrecht bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige und zweckmässige Projektänderungen, welche den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern, vorzunehmen. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

10. 20240177 Schlussbericht AGGLOlac

Augsburger-Brom Dana, IKA: Wie Sie dem vorliegenden Bericht entnehmen können, wurde am 18. März 2021 das Projekt in den beiden Parlamenten von Nidau und Biel abgelehnt. Fast genau drei Jahre später hat sich die interkommunale Kommission AGGLOlac (IKA) getroffen. Im Frühling 2021 habe ich als Vizepräsidentin der IKA die damalige Kommissionpräsidentin in Nidau kontaktiert. Wir wurden aufgefordert für die nächsten Schritte, bis zum Herbst 2021 nach den Wahlen in Nidau zu warten.

Die IKA stellt den Antrag, dass sie aufgrund ihrer abgeschlossenen Arbeit aufgelöst werden kann. In Nidau war die Kommission eine Weile nicht vollständig besetzt und hatte kein Präsidium. In einer anderen Kommission hätte vielleicht das Vizepräsidium übernommen, aber hier war das nicht ideal. Das Präsidium muss von Nidau gestellt werden. Ich habe dann dafür gesorgt, dass die Kommission auch in Nidau besetzt wird. In Nidau

finden nicht jeden Monat Stadtratssitzungen statt. Es dauerte ziemlich lange, bis die Mitglieder aufgestockt waren und das Präsidium in Nidau gewählt wurde.

Mit der Ablehnung des Projekts AGGLOlac in den beiden Parlamenten wäre eigentlich alles erledigt. Für die Kommission gibt es aber noch die sogenannte Planungsvereinbarung mit einem Artikel, wie die Projektgesellschaft aufzulösen ist. Die Projektgesellschaft, das heisst die beiden Gemeinden und die Investorin, musste sich eben noch auflösen. Deshalb wurde entschieden, eine Kommissionssitzung einzuberufen. Die Kommission wollte die von allen drei Parteien unterschriebene Auflösungsvereinbarung einsehen. In Nidau wurde bereits am 13. Juni 2024 die Kommissionsmitgliedschaft von Nidau aufgelöst. Die Bieler Kommissionsmitglieder beantragen somit, die IKA aufzulösen

Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO: Diesen Tag haben sich einige von uns und die Mehrheit der Menschen aus der Region seit langem herbeigesehnt. Viele haben sich gegen das vorgeschlagene AGGLOlac-Projekt organisiert oder ihre Ablehnung mit klaren Mehrheiten in repräsentativen Umfragen ausgedrückt. Parteien, welche sich für das Projekt eingesetzt haben, wurden bei den letzten Wahlen in Biel und vor allem auch in Nidau klar abgestraft. Dieses Engagement und der Druck auf die Parlamente aus der Bevölkerung war nötig. Deshalb ist der heute vorliegende Bericht in erster Linie ein Erfolg für die Zivilgesellschaft. Auch die SP hat sich gegen das vorgeschlagene Projekt gewehrt.

Es war ein Projekt, welches Biel keine oder kaum Zusatzeinnahmen gebracht hätte. Damit könnten wir ja noch leben, aber wir geben unser Land nicht her für ein Projekt, wo die soziale Durchmischung, die Wohnungspreise, der öffentliche Raum und die Quartierdimensionen nicht stimmen. Zudem hätte ein börsenkotierter multinationaler Konzern mit zweifelhaftem Ruf einen Teil unserer besten Landreserve am See gekauft. Mobimo ist bekannt dafür, das Profitstreben deutlich höher zu gewichten als die Bauqualität und die Interessen der Bevölkerung. Wir sind deshalb schon länger der Meinung, dass mit Mobimo auf dem Expoareal kein Projekt im Interesse der breiten Bevölkerung möglich ist. Wir haben deshalb bei den Diskussionen des Geschäfts im Stadtrat diese Partnerschaft infrage gestellt. Wir haben angesichts des Knebelvertrags der Projektgesellschaft nicht daran geglaubt, dass es soweit kommt, und deshalb gebühren dem Gemeinderat und auch der IKA ein grosses Lob.

Vielen Dank für den Mut, diesen Schritt zu gehen und danke für die Verhandlung der Auflösungsbedingungen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Stadt Biel besser wegkommt als befürchtet. Wir freuen uns jedenfalls auf einen Neuanfang unter anderen Vorzeichen. Die Fraktion SP/JUSO nimmt den Bericht zur Kenntnis und wird der Auflösung der IKA mit Freude zustimmen.

Schlup Nina, JUSO: Zwar wurde vergessen, den Champagner kalt zu stellen aber es wäre angebracht auf das vorliegende Geschäft anzustossen. Endlich sind wir dieses Horrorprojekt los: Wohnungen für Reiche in hässlichen Betonklötzen am See, Verlust von Freiraum und Profit für einen Immobilienriesen. All dies können wir getrost hinter uns lassen und uns die Zeit nehmen, zu überlegen, was wir dort wirklich wollen. Ein solches Projekt gehört nicht nach Biel und eigentlich wünsche ich es gar keiner Stadt. Mit der Auflösung der Projektgesellschaft sind wir nun alles los und können anfangen, aus der Region für die Region zu planen. Vielleicht braucht es dort einen öffentlichen Park, genossenschaftliche oder städtische Wohnsiedlungen, Zwischennutzungen, Raum für Kultur und Kreativität oder eine Kombination von verschiedenen Nutzungen. Ich denke, wir werden es in Zukunft sehen.

Koller Levin, SP: Ich habe eine Frage an den Gemeinderat. Wie geht es auf dem Gelände dort jetzt weiter? Im Stadtrat wurden verschiedene Vorstösse für einen runden Tisch und Zwischennutzungen eingebracht. Jetzt ist davon immer noch nichts zu sehen. Der Stadtrat hat ein klares Signal ausgesendet, wo es seiner Meinung nach hingehen soll.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Redezeitbeschränkung verbietet mir, auf gewisse soeben gehörte Äusserungen einzugehen. Danke, Herr Rodriguez, für Ihre Würdigung, dass der Gemeinderat, der mit diesem Entscheid nicht glücklich war, die finanziellen Interessen der Stadt bestmöglich gewahrt hat.

Herr Koller, Mit der Auflösung der Projektgesellschaft wurde das Grundstück wieder in das Finanzvermögen überführt und wird von der Abteilung Liegenschaften verwaltet. Im Moment besteht dort, zwar nicht eine formelle aber eine faktische Planungszone mit einem Zwischennutzungsreglement. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen und deshalb gibt es nichts öffentlich zu kommunizieren. Wir wollen unserer befreundeten Nachbargemeinde schliesslich nicht vorgreifen.

Abstimmung

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Interkommunalen Kommission AGGLOlac vom 31 Mai 2024 betreffend «Schlussbericht AGGLOlac».
2. Er genehmigt die sofortige Auflösung der Interkommunalen Kommission AGGLOlac gemäss Artikel 68 Absatz 4 der Stadtordnung (SGR 1.0-1), Artikel 27 des Reglements für die Kommissionen des Stadtrates (SGR 1.5.1-2) und Artikel 2 der Geschäftsordnung der Interkommunalen Kommission «AGGLOlac» (IKA).

11. 20240004 Geschäftsbericht 2023 der Stadtverwaltung Biel

Allgemeine Debatte

Zumstein Joël, GPK: Die GPK hat Kenntnis genommen vom Geschäftsbericht 2023 der Stadtverwaltung. Ich möchte mich im Namen der GPK bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit und ihr Engagement bedanken. Ihre Arbeit ist von grossem Wert für unsere Stadt.

Im Geschäftsbericht insbesondere den Abschnitt zu den Schwerpunkten der gemeinderätlichen Politik 2021–2024, die einzelnen Ziele und die aufgeführten Massnahmen zu lesen, ist interessant. Zahlreiche Sachgeschäfte, die der Stadtrat 2023 debattiert und auch verabschiedet hat, finden sich da wieder. Der Bericht bietet auch uns Stadtratsmitgliedern die Möglichkeit, in den Spiegel zu schauen, unsere politische Arbeit zu begutachten und eingeschlagene und künftig einzuschlagende Stossrichtungen zu betrachten. Als Fazit halte ich fest, dass wir vom Bericht Kenntnis nehmen.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Wie der GPK-Sprecher schon gesagt hat, ist der Geschäftsbericht eine gute Gelegenheit, einmal einen Schritt zurück zu machen und etwas Distanz zu gewinnen. Politische Entscheidungen sind in der Regel kein Selbstzweck, sondern dienen dazu, die Situation der Menschen zu verbessern.

Meiner Meinung nach sind wir mit drei grossen Herausforderungen konfrontiert:

- Die Gerechtigkeit: Ein Parlamentarier sagte zu Beginn dieser Legislatur, dass diejenigen Entscheidungen richtig sind, die dazu führen, dass es den Menschen besser geht, denen es am schlechtesten geht. Natürlich war das eine Anspielung auf John Rawls und natürlich muss das auch unsere Ambition sein. Die Stadt Biel hat beispielsweise Handlungsspielraum bei der Bildung. Sie fördert den Spracherwerb schon vor dem Schuleintritt und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit in der Bildung. Auch die Förderung von bezahlbarem Wohnraum zählt dazu. Die Mieten sind gerade für finanziell schwächer gestellte Menschen ein gewichtiger Kostenpunkt.
- Die Freiheit der Menschen: Hier steht das politische System im Zentrum. Es geht darum, eigene Entscheide treffen zu können und das, was uns alle angeht gemeinsam zu regeln. Wir haben in der Schweiz ein System auf das wir stolz sein können. Nicht, weil es einfach gut ist, sondern weil es so gut ist, dass wir es auch anpassen können. Die Stadt Biel kann die Menschen an Entscheidungen teilhaben lassen, zu welchen sie sogenannte «partizipative Prozesse» durchführt. Ich spreche von der Beteiligung der Familien in der Quartierarbeit, wie der Erstellung eines Spielplatzes oder weiteren Projekten, wie beispielsweise die Nutzung der Grünflächen auf der neuen Arthur-Villard-Promenade. Mit der neuen Stadtordnung (SO, SGR 1.0-1) erweitern wir ausserdem die Beteiligungsmöglichkeiten der BielerInnen. Hingegen fehlt nach wie vor die Möglichkeit der vollständigen formalen politischen Beteiligung der gesamten Bevölkerung der Stadt.
- Drittens geht es darum, unseren Planeten in möglichst intaktem Zustand unseren Nachfahren zu hinterlassen. Es ist eine Frage von generationenübergreifender Gerechtigkeit. In der Vergangenheit wurde viel zu wenig Rücksicht genommen auf das, was nach uns kommt und dies in vollem Bewusstsein dessen, was die Konsequenzen sind. 2023 wurde das Förderprogramm Klima und Energie gestartet. Neue Energievorschriften wurden eingeführt, die Mobilitätspolitik verzichtet auf die Nutzung fossiler Verkehrsmittel, über 100 neue Bäume auf öffentlichem Grund wurden gepflanzt und so weiter. Aber wir sind auch hier noch nicht im grünen Bereich. Die Ziele des Klimaschutzreglements werden nicht erreicht. Wir befinden uns über dem anvisierten Absenkpfad. Wir brauchen Lösungen und wir brauchen sie schnell, hier müssen wir dranbleiben.

Unser Fazit: Der Gemeinderat tut vieles richtig und nutzt seinen Handlungsspielraum zuweilen auch für kreative Lösungen. Es braucht aber dringend weitere gemeinsame Anstrengungen, damit das Leben der Menschen in unserer Stadt heute aber auch in Zukunft verbessert wird. In diesem Sinne möchte ich die Gelegenheit nutzen, unseren Dank auszusprechen. Wir danken unseren GemeinderätInnen für die geleistete Arbeit im letzten Jahr. Vor allem möchte ich denjenigen Menschen danken, die täglich den Abfall einsammeln, die Strassen putzen, Marktstände aufbauen, Formulare bearbeiten, Hilfestellungen bei zahlreichen Anliegen und Problemen geben, Pläne aushecken, wie das Zusammenleben in unserer Stadt verbessert werden könnte, Rechnungen ausstellen und kontrollieren, Berichte und Protokolle schreiben, unseren Kindern Dinge lehren und auf die Kleinen aufpassen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Rüber, wir müssen noch einmal darüber diskutieren, an wen der Satz, den Sie zitiert haben, erinnert. Mich hat er statt an den amerikanischen Philosophen eher an Mani Matter mit seiner folgenden Liedzeile erinnert: «*Dene vos guet geit, giengs besser, giengs dene besser, vos weniger guet geit...*». Dafür

habe ich aber nicht das Wort ergriffen. ich äussere mich zur Würdigung des Geschäftsberichts einerseits durch die GPK, andererseits durch den Vertreter der Grünen.

Insbesondere verdanke ich die lobenden Worte und den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die der Gemeinderat selbstverständlich weitergegeben wird. In der Tat erbringen mehrere tausend Leute tagtäglich Service public-Leistungen für die Bevölkerung. Dies manchmal unter nicht ganz einfachen Bedingungen, wie beispielsweise Schneeschaukeln, Strassen wischen bei Regen oder eben auch in 7 x 24 Jobs. Alle diese Tätigkeiten sind ganz wichtig für das Funktionieren eines Gemeinwesens und auch für die Bevölkerung. Sich jederzeit sicher fühlen und auf Unterstützung zählen zu können, ist etwas, das sich in der Pandemie sehr stark bemerkbar gemacht hat. Die Stadtverwaltung war damals eigentlich immer für die Bevölkerung präsent und eine wichtige Anlaufstelle. Mich freut es deshalb sehr, dass der Stadtrat diese Arbeit schätzt.

Der Geschäftsbericht ist, wie Herr Zumstein gesagt hat, die Möglichkeit, einen Schritt zurückzutreten und das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen. Ein Geschäftsbericht wird vielleicht aber auch erst nach zehn oder fünfzehn Jahren wirklich interessant, denn das abgelaufene Jahr ist manchmal noch sehr nah. Beispielsweise ist es nach 28 Jahren der letzte Geschäftsbericht, den ich hier im Stadtratssaal miterlebe, zuerst als Stadtratsmitglied, jetzt zwölf Jahre im Gemeinderat. Der Geschäftsbericht hat sich verändert. Er ist in der grafischen Erscheinung immer attraktiver geworden und liegt nun schliesslich nur noch in digitaler Form vor. Der Geschäftsbericht zeigt, wie sich die Gesellschaft, die Bedürfnisse sowie die Anforderungen verändert haben. Heute finden Sie alles im Internet. Es gibt zwar kein gedrucktes Exemplar mehr, dafür sind die Suchresultate viel schneller verfügbar. Nicht nur der Inhalt, sondern auch die Art der Publikation zeigen die Veränderung in Gesellschaft und Politik.

Präsidialdirektion

van der Meer Marion, Fraktion Grünes Bündnis: Der Teil über die Präsidialdirektion zeigt ein facettenreiches und emsiges Schaffen im letzten Jahr. Die Präsidialdirektion hat viel bewirkt, auch wenn nicht ganz alle Projekte durchgekommen sind. Spezifisch ist mir aufgefallen, dass generell mehr Frauen als Männer in der Stadt Biel arbeiten. Insbesondere in der Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU), welche traditionell branchenbedingt eine Männerdomäne ist, sind gerade einmal 13,5 % Frauen angestellt. Die Personalabteilung ist sehr innovativ unterwegs. So haben sie 2023 eine erfolgreiche Marketingkampagne lanciert, die dem Fachkräftemangel entgegengewirkt hat. Diese Kampagne wurde immerhin am Treffen für die Kommunikationsverantwortlichen der Stadtverwaltungen der Schweiz präsentiert. Das Team könnte auch innovative Aktionen durchführen, um mehr Frauen für die BEU anzulocken. Darüber würden sich auch die Männer sicherlich freuen. Ich danke herzlich für den transparenten Geschäftsbericht.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: In Absprache mit dem Stadtpräsidenten, werde ich zu den Anmerkungen Stellung nehmen. Es ist richtig, dass es bei der BEU sehr schwierig ist, Frauen anstellen zu können. Einerseits haben wir einen Fachkräftemangel. Andererseits ist es beispielsweise im Werkhof schwierig, Frauen zu finden, die in der Strassenreinigung arbeiten. Ich glaube, im Werkhof arbeiten momentan etwa fünf Frauen. In der Stadtgärtnerei ist es ein wenig besser und in der Abteilung Hochbau ist es am einfachsten, denn es gibt relativ viele Architektinnen. Wir bleiben jedoch dran. Für kreative Ideen sind wir offen.

Finanzdirektion

keine Wortmeldungen.

Direktion Soziales und Sicherheit

Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis: Die Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) hat viele Tätigkeitsbereiche. Der vorliegende Geschäftsbericht ermöglicht uns einen ausführlichen Einblick in die vielfältigen Aufgaben. Die Fraktion Grünes Bündnis dankt den Mitarbeitenden der DSS für die geleistete Arbeit zugunsten der Bevölkerung, sei dies im Bereich des Sozialen, der öffentlichen Sicherheit, des Kindes- und Erwachsenenschutzes oder der Integration.

Gerne möchte ich auf folgende Punkte näher eingehen, die mich bei der Lektüre bewegt haben: Im Bereich Soziales hat eine positive Entwicklung bei der Sozialhilfe stattgefunden. Ein Rückgang der Anzahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen ist auszumachen. Eine kritische Bemerkung habe ich aber trotzdem. Wir alle wissen, dass die Anerkennung einer guten, im Ausland erworbenen beruflichen Ausbildung dazu beigetragen würde, dass diese Menschen nicht niedrig qualifizierte Tätigkeiten ausüben müssten und damit das Risiko auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, wesentlich verringert würde. Hier liegt unserer Meinung nach ein riesiges Potenzial brach, das nicht nur dem Fachkräftemangel entgegenwirken könnte, sondern Menschen weg von der Sozialhilfe bringen würde. Entsprechende Unterstützung von der Stadtverwaltung könnte sich positiv auswirken und sollte verstärkt werden.

Im Bereich Integration fällt auf, dass die Stadtverwaltung insgesamt nur acht Nischenarbeitsplätze anbietet, was bei der doch grossen Zahl an städtischen Arbeitsplätzen reichlich wenig ist. Uns würde interessieren, warum das so ist und ob man da nicht mehr tun kann.

Beim Kinder- und Erwachsenenschutz sollten wir alles daransetzen, dass Kinder und Jugendliche in akuten Krisen genügend psychiatrische Unterstützung erhalten und unerträglich lange Wartezeiten für Platzierungen nicht mehr zur Tagesordnung gehören, was leider im Moment der Fall ist. Die Situation ist sehr besorgniserregend und die gesundheitlichen und auch die gesellschaftlichen Folgekosten sind nicht zu unterschätzen. Der Handlungsbedarf ist dringend.

Im ganzen Bericht der DSS sind keine Informationen zu den Tätigkeiten der Sozialbehörde oder der Integrationskommission im Jahr 2023 zu finden. Gab es dazu nichts zu berichten oder haben keine Aktivitäten stattgefunden? Auch zu den 220 ordentlichen Einbürgerungen, die im allgemeinen Teil des Gemeinderats festgehalten sind, haben wir im Abschnitt betreffend die DSS nichts gefunden. Wir bedauern das und hätten anstelle der doch sehr ausführlichen Berichte zu den Tätigkeiten der Ortspolizei, der Feuerwehr oder der Pilzkontrolle auch zu diesen Aspekten ein Minimum an Information erwartet. Das wird hoffentlich im nächsten Geschäftsbericht angepasst.

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: Je vais me permettre de répondre brièvement à Mme Tennenbaum. Pour ce qui est des personnes qui viennent de l'étranger, qui ont des diplômes qu'ils ont de la peine à faire reconnaître en Suisse, je suis tout à fait d'accord que c'est un problème général que nous avons en Suisse, pas seulement à Bienne. Il faut savoir que, par exemple, l'économie suisse prône aujourd'hui la reconnaissance des diplômes autant que possible pour les personnes

concernées, premièrement pour qu'elles puissent exercer leur profession, mais deuxièmement pour notre économie, nos entreprises, notre population, pour pouvoir pallier le manque de personnel. Il faut savoir que l'on estime le coût d'une reconnaissance de diplôme en Suisse à plus de 4'000 francs pour les cas normaux. C'est excessivement cher, je sais. Bien des personnes n'ont pas les moyens d'y procéder par elles-mêmes. Mais c'est un problème général au niveau de la Suisse. Je dois dire que, par exemple, mon service d'intégration, qui serait probablement le service qui devrait s'en occuper, a un budget de 50'000 francs par année à donner pour tous les programmes d'intégration, ce qui ferait peut-être 10 diplômes.

Et ça voudrait dire qu'il n'y aurait plus autant de contrats avec Haus pour Bienne, avec Multimondo, etc. Donc, effectivement, il y a un manque de ce côté-là. Je n'ai pas les solutions aujourd'hui. Pour ce qui est des places de niche au sein de la Ville de Bienne, 8 places, effectivement, ce n'est pas suffisant. C'est pour ça qu'a été créé cette année au sein du département de l'aide sociale un poste pour aider à placer les personnes dans des positions au sein du personnel de la ville qui conviennent à ces personnes qui ont besoin d'une place de niche. Il faut dire que c'est difficile à faire. Par exemple, chez moi, au service de la migration, il y a deux places de niche. Et précisément, la population et aussi ce cénacle se plaignent parfois que le service offert par les places de niche n'est pas suffisant. Donc ça prouve que c'est difficile. C'est une pondération des intérêts. Nous poursuivons les travaux. Pour ce qui est des problèmes psychiatriques et psychologiques de nos enfants, de nos jeunes et aussi de nos adultes, c'est un problème que le Conseil municipal suit avec beaucoup d'attention. Je suis tout à fait d'accord avec vous. Pour l'autorité sociale, il y a des séances régulières quatre fois par année entre le département de l'aide sociale et l'autorité sociale. Et les décisions qui doivent être prises au niveau de l'autorité sociale sont prises par le Conseil municipal. En 2023, avant mon arrivée au Conseil municipal, il y en a eu une concernant la hausse des loyers qui sont couverts par l'aide sociale. Effectivement, on aurait pu le mentionner. Et la commission d'intégration a siégé en 2023 lors d'en tout cas une séance où j'étais là. Je ne sais pas s'il y en a eu une au printemps. Et en 2024, nous avons déjà eu deux séances. On peut prendre note pour l'année prochaine que vous aimeriez le savoir dans le rapport. Pour ce qui est des naturalisations, effectivement, elles sont mentionnées avec la population en général dans le rapport général sous la mairie. On pourrait tout à fait imaginer de le mentionner ici. Ce qu'il faut dire, c'est que le Conseil municipal a décidé de ne plus mentionner les pays d'origine des personnes naturalisées. C'est un choix politique aussi. Les personnes ont droit à une protection de leurs données. On pourrait peut-être en parler un peu plus, mais quant à savoir comment, je n'en sais pas assez pour vous le dire aujourd'hui.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Direktorin der DSS hat Ihnen bereits eine Antwort zur Frage der Nischenarbeitsplätze gegeben. Dieses Angebot dürfen Sie aber nicht isoliert betrachten. Nur ein Teil der Leute kann ohne Probleme in die Arbeitswelt integriert werden. Leute mit körperlichen aber auch psychischen Beeinträchtigungen sollen so weit als möglich integriert werden. Um eine Beurteilung zu treffen, ob sich die Stadtverwaltung ausreichend engagiert, muss das Gesamtbild berücksichtigt werden und nicht nur die Nischenarbeitsplätze. Der ehemalige Personalchef, Herr Gery Huwiler hat schon vor fünfzehn Jahren gesagt, dass es zwar toll ist, was wir hier tun, wir müssen jedoch aufpassen, dass wir die Organisation nicht überfordern. Die Stadtverwaltung ist bekanntlich nicht mit Ressourcen überdotiert. Wir können von daher auch nicht unbeschränkt Leute mit einem speziellen Betreuungsbedarf in die Teams der Dienststellen und Abteilungen eingliedern. Die Stadtverwaltung macht bereits mehr als viele privatwirtschaftliche Firmen.

Tonon Ariane, au nom du Groupe Alliance Verte: La première impression à la lecture de la partie du rapport qui concerne la direction FCS est qu'on a affaire à un département qui regroupe vraiment beaucoup de secteurs, qui pâtissent tous plus ou moins de la pénurie du personnel, tout en faisant face à une augmentation des besoins et en mettant sur pieds de nouveaux projets. La quadrature du cercle pour le personnel lié à cette direction, que je tiens à féliciter et remercier de son engagement au nom de la fraction Alliance Verte. Il y a beaucoup de points positifs, et quelques questions qui se posent. J'en rélèverai uniquement trois. Outre le fait que la situation concernant l'école est très problématique, je ne vais pas revenir là-dessus, j'aimerais parler de la question de la progression de la numérisation dans le domaine scolaire. De nombreuses tâches sont numérisées et la communication avec les parents passe aussi maintenant par une application et par les sites internet des collèges, ce qui de manière générale est très bien reçu et décharge passablement tous les acteurs de l'école. Nous aimerions toutefois, au nom de la fraction Alliance Verte, émettre un point d'attention, parce qu'il y a tout de même des personnes qui n'arrivent pas à utiliser ces moyens. Donc j'aimerais relever le fait qu'il faut être attentif à éviter une fracture numérique et qu'il faut peut-être prendre en charge ce point dans l'année qui vient. Un deuxième point que j'aimerais soulever, c'est celui des écoles à journée continue. L'augmentation de la demande contient une part très réjouissante, parce qu'elle est la preuve enfin de l'acceptation de la garde des enfants en dehors de la structure familiale, dans une structure qui est par ailleurs socialisante et intégrative, elle délivre les parents de solutions bricolées auxquelles ils ont dû recourir pendant des décennies.

Cette augmentation pose quand même une question, c'est comment résoudre justement les problèmes de l'augmentation des ressources en personnel et en infrastructure et laisse aussi penser à la possibilité qu'il peut y avoir un risque que des enfants ne puissent, à moyen terme, être accueillis dans cette structure parascolaire. Une préoccupation donc par rapport à l'avenir. Enfin, je terminerai sur ce point, dans le domaine du sport, où l'offre est assez considérable, nous aimerions, pour le prochain rapport, obtenir des chiffres différenciés concernant les filles et les garçons, ainsi que les domaines sportifs vers lesquels ils se dirigent. Par exemple, comment se répartissent, selon ces critères-là, les 2 800 élèves inscrits au sport scolaire facultatif ?

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je remercie Mme Tonon pour son intervention et les points soulevés qui sont effectivement des points de tension ou des points critiques ou qui pourraient le devenir. S'agissant de la fracture numérique, on n'a pas un risque, elle existe, elle est là. Et il y a des gens qui restent malheureusement sur le côté de la route et qui n'arrivent pas à prendre l'évolution numérique en cours, bien qu'ils puissent utiliser un téléphone portable comme chacun d'entre nous. La fracture numérique est beaucoup plus subtile en ce sens qu'un téléphone et un ordinateur, ce n'est pas la même chose. Et l'alphabétisation sur un téléphone n'est pas du même niveau, du même registre que sur un ordinateur. D'où aussi l'importance d'introduire la digitalisation dans les écoles et de pouvoir utiliser l'outil informatique comme un outil de soutien pédagogique qui ne se substitue toutefois pas à la relation. Concernant la problématique de l'EJC et des infrastructures, notamment, et du manque de personnel, comme je le disais tout à l'heure, c'est une préoccupation constante parce qu'on est devant un fait accompli. Nous manquons de gens et nous allons manquer de gens dans les années à venir.

Nous procédons en ce moment justement à une réorganisation et à une réévaluation des postes pour offrir au personnel des EJC un vrai cahier des charges, avec un vrai

poste, avec une vraie identité professionnelle, chose qui aujourd'hui n'existe pas encore étant donné qu'il y a une évolution historique de ces postes qui fait que c'est un peu dans un nuage. Les ASE on ne sait pas trop ce qu'ils font et c'est pour ça qu'on souhaiterait justement faire cette évolution pour ce type de personnel et ça rendrait probablement les postes plus attractifs s'ils ont une vraie identité. Mais ça ne résoudra pas la question des infrastructures, nous courrons après en permanence, mais l'école de la Champagne, pas vraiment luxueuse, c'est un peu une bouffée d'air parce que ça nous permettrait justement de répondre à un besoin dans un quartier particulier. Et finalement au niveau du sport, je prends très volontiers la remarque, de présenter dans le rapport d'activité les offres différenciées et surtout l'utilisation de ces offres différenciées selon que ce sont des filles ou des garçons qui y participent. C'est une préoccupation importante et pour information, le nouveau délégué au sport en place depuis le mois de mars a pour mission de développer deux axes importants. C'est le sport pour les filles, dans les offres qui existent actuellement de permettre, non pas des offres spécifiquement pour filles, mais une plus grande ouverture aux filles dans certains sports. Et l'autre axe serait le mouvement santé, plutôt pour les seniors, hommes et femmes.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO: Wir von der Fraktion SP/JUSO haben beim Lesen des Geschäftsberichts der Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) eigentlich nicht viel zu bemängeln. Es wird gebaut, was gebaut werden muss, geflickt, was geflickt werden muss und gereinigt, was gereinigt werden muss. Kurz, die städtischen Gebäude und die Infrastruktur werden in Stand gehalten. Besonders in Anbetracht der knappen Mittel, welche wir von politischer Seite zur Verfügung stellen, danken wir der Direktorin und allen Mitarbeitenden ganz herzlich für ihre Arbeit.

Die BEU hat noch eine weitere Aufgabe: den Umweltschutz. Wir sind der Meinung, diese Aufgabe sei in diesem Jahr etwas zu kurz gekommen oder vielleicht nicht allzu mutig angegangen worden. Im Bericht steht, dass, wenn wir so weitermachen wie bisher, wir es frühestens bis 2075 schaffen, klimaneutral zu werden, und nicht wie im Klimareglement vorgesehen bis 2050. Dafür ist das Jahr 2050 eigentlich schon viel zu spät. Unserer Meinung nach passiert zu wenig, zu langsam auf der Dienststelle Umwelt. Es dürfte mehr gemacht werden und die Projekte dürften mutiger sein. Ein Workshop zum Recycling an einer Schule ist wunderschön aber man könnte ihn auch an allen Schulen machen.

Es ist cool, dass es 10 Gartenberatungen zum Thema Biodiversität gibt, aber 100 wären schöner. Das sind natürlich nur Beispiele, die auf bereits bestehenden Projekten basieren. Neue umfassendere Projekte würden wir sehr begrüßen. Zusammengefasst wünschen wir uns einfach mehr und grössere Projekte, und ein höheres Dringlichkeitsbewusstsein. Wir sind uns bewusst, dass die Dienststelle Umwelt auch von den knappen Mitteln, welche die Stadt zur Verfügung stellt, eingeschränkt ist, aber wir möchten sie gerne ermuntern, mit dem, was da ist, so viel wie möglich zu machen und, falls nötig, für mehr zu kämpfen. Die Sanierung eines Gebäudes sehen wir alle ein. Wir können nicht warten, bis den Passanten die Steine auf den Kopf fallen. Wenn wir bei der Klimakrise so lange warten, bis uns das System über dem Kopf zusammenbricht, wird es definitiv zu spät sein. Wir brauchen die Massnahmen jetzt. Die Dienststelle Umwelt hat eine extrem wichtige Aufgabe. Wir müssen sicherstellen, dass sie diese

wahrnimmt und auch dafür ausgerüstet ist. In diesem Sinne wünschen wir uns ein Weitergehen mit viel Mut für die Umwelt.

Weber Philippe, au nom du Groupe Alliance Verte: Alors je vais faire presque un copier-coller, mais en détaillant peut-être une ou deux choses de plus, notamment des remerciements. Donc j'aimerais d'abord transmettre nos remerciements à l'administration communale, en particulier le personnel de la direction des travaux publics. Cette direction, c'est celle du terrain. Ces actions sont immédiatement perceptibles. Le contraire est aussi vrai. Si les opérations ne peuvent être conduites de façon optimale, ça se remarque vite. La qualité de vie de notre ville en prend un coup. Et force est de constater que, globalement, les opérations se déroulent bien et avec professionnalisme. Raison pour laquelle il fait toujours bon vivre à Bienne. Merci beaucoup. Le rapport de gestion met toutefois en évidence un immense problème que nous ne parvenons pas encore à gérer. La Ville n'est pas en mesure de respecter ses objectifs de réduction des émissions de CO₂. Je cite le rapport de gestion: « pour que la ville de Bienne atteigne la neutralité climatique d'ici 2050, la réduction des émissions doit être considérablement accélérée par rapport aux dernières années. Au rythme actuel, la Ville de Bienne n'atteindrait la neutralité climatique qu'en 2075. » Quelle démonstration plus évidente que les instruments et les mesures actuelles sont insuffisants pour protéger le climat ? Ces insuffisances ne s'expliquent pas par une inefficacité de l'administration, mais bien plutôt par un défaut évident dans les structures de la Ville et de son administration. La protection du climat n'est pas encore suffisamment priorisée. Le personnel est limité, les mesures ne se reposent que trop souvent sur la responsabilité individuelle des citoyennes et citoyens. Une action politique de fond est donc nécessaire pour renforcer les structures existantes et mettre en place des mesures supplémentaires qui engagent l'ensemble de la collectivité dans la protection du climat. Il ne s'agit pas de l'affaire des individus, ou pas uniquement, mais c'est collectivement que nous parviendrons à atteindre cette cible. Pour faire évoluer nos modes de vie, les incitations seules ne suffiront donc pas. Il nous faudra passer par des limitations. Celles-ci ne pourront que se réaliser par des obligations, des taxes ou des sanctions pour réguler certains comportements qui restent encore aujourd'hui trop excessifs et fastueux. Notre parti s'engagera donc avec tous les moyens à disposition pour atteindre les objectifs en matière de réduction des émissions de CO₂ que la Ville s'est fixée.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ja, wir müssen schneller vorwärts machen, das schreiben wir auch im Geschäftsbericht und darüber sind wir uns einig. In der Realität sind aber auch hier die Ressourcen beschränkt. Wir haben in der Dienststelle Umwelt 300 Stellenprozente ab 2023, wobei in dieser Zeit ein halbes Jahr die Leitung nicht besetzt war, was bei 300 % relativ schwer ins Gewicht fällt. Ich habe den Eindruck, dass die Dienststelle Umwelt sehr effizient arbeitet. Sie versucht, möglichst viel zu erreichen mit den wenigen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Meiner Meinung nach schaffen sie dies gut, insbesondere, weil die Dienststelle Umwelt nicht nur für das Klimathema zuständig ist, sondern auch für den Lärmschutz, für die Biodiversität und für die Luftreinhaltung. Der Klimaschutz ist eine transversale Aufgabe, das heisst, wir sind alle gefordert. Die Dienststelle Umwelt ist dort vor allem beratend tätig. In allen Direktionen wird der Klimaschutz thematisiert und vorwärtsgetrieben. Klar ist, dass vor allem in den Bereichen Verkehr und Gebäude die CO₂-Reduktion «einschenkt». Wenn wir dort weiterkommen wollen, brauchen wir langfristige Projekte und dazu benötigen wir viele Ressourcen. Wir sind jedoch bestrebt, schneller vorwärts zu machen. Wir sind uns einig, 2050 ist der späteste Zeitpunkt, um die Klimaneutralität zu erreichen.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. g der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

Der Geschäftsbericht 2023 der Stadtverwaltung Biel wird genehmigt.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Sitzung ist geschlossen. Gute Nacht miteinander.

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident

Der Ratssekretär / Le secrétaire parlementaire:

El Mohib Omar, Ratssekretär

Protokoll:

Scheurer Nathalie

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Pinto Bernardino Floriane

26. Juni 2024/ bielrs1.xml